

# **Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Position und Opposition**

DSS–Arbeitspapiere

---

Heft 107 – 2013

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

**Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. Siegfried Schönherr

**Vertrieb:** Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2013

Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ ISSN 1436-601

## Inhalt

DETLEF BALD	Chancen für eine große Reform? Zur Legitimation der Militärreform 2010	4
WOLFGANG SCHELER	Der neue Auftrag der Bundeswehr und die Frage seiner Legitimation	16
ERNST WOIT	Der <i>professionelle Kämpfer</i> als neues Leitbild der Bundeswehr	30
HORST SYLLA	Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Jahrhundertreform oder Interimslösung?	37
ARBEITSKREIS <i>DARMSTÄDTER SIGNAL</i>	Positionspapier des Arbeitskreises <i>Darmstädter Signal</i> (Ak DS) zur Bundeswehrreform der Regierung Merkel	52
WILFRIED SCHREIBER	Thesen: Zur internationalen Dimension der Neuausrichtung der Bundeswehr. Ansätze für eine alternative Sicherheitspolitik	58

Detlef Bald

## Chancen für eine große Reform? Zur Legitimation der Militärreform 2010

Es ist schwer mit ihr. Die einen sind stolz auf sie, andere beachten sie gar nicht; sie sei doch unauffällig, völlig normal; ein kleinerer Teil der Gesellschaft aber würde sie am liebsten ganz abschaffen. Und nun soll sie reformiert werden. Sie, die Bundeswehr, ist, je nach Standort, gar nicht zu verändern oder radikal umzugestalten. Doch so wie sie heute ist, war sie früher nicht. Sie hat sich gewandelt. Aus einem politischen Instrument der Verteidigung des Landes gemäß dem Grundgesetz, der Bund stelle Streitkräfte zu Verteidigung auf, wurde eine *Armee im Einsatz*. Gerne wird sie seit Jahren derart tituliert. Minister Peter Struck wollte 2003 mit dem Wort, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, die bestehende Ambiguität von Landesverteidigung und globalem Einsatz versöhnen und den spannungsreichen Gegensatz zum Wortlaut des Grundgesetzes aufheben.<sup>1</sup> Doch er hat die Problematik der Legitimität solcher Einsätze damit nicht lösen können, nur kaschieren.

Der Name *Armee im Einsatz* ist die Botschaft, sie ist Programm. Es entspricht daher dem Willen der Regierung Angela Merkel, die anstehende Reform der Bundeswehr an dieser Logik auszurichten, wie nun typischerweise auch der Bericht der Strukturkommission unter Leitung von Frank-Jürgen Weise lautet: „Vom Einsatz her denken“ und auf eine „radikale Erneuerung hin zu kompakten, effizienten und zugleich hochqualifizierten Streitkräften“ setzen.<sup>2</sup>

### Das Paradigma der Bundeswehr

Modernität und Einsatzfähigkeit als Vorgabe für das deutsche Militär sind nicht neu. Seit Beginn der Bonner Republik war der Bundeswehr immer eine herausgehobene Rolle zugewiesen gewesen und hatte leitend parteienübergreifend die Politik ausgerichtet. Einsatzfähigkeit als Grundforderung – im Kalten Krieg zur Verteidigung – war nie strittig; dies entsprach dem Selbstverständnis. Staat und Militär waren in der Bundesrepublik von Anfang an aufeinander bezogen. Die Bonner Republik wurde mit Militär begründet. Die 1955 erlangte staatliche Souveränität war unmittelbar und wechselseitig

---

<sup>1</sup> Siehe Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin, 21.05.2003.

<sup>2</sup> Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz, Berlin, Oktober 2010, S. 3.

an die *Wiederbewaffnung* gekoppelt. Unter allen Kanzlern wurde der nationale Status auf militärische Potenziale gegründet. Kanzler Konrad Adenauer folgte nüchtern als nationaler Realpolitiker den Spuren eines Bismarckschen Staatskonzepts. Ein Staat war ohne Militär nicht denkbar, seine Stellung gegenüber dem Westen – und nicht nur gegenüber dem Osten – hing davon ab. Das verlor ebenso Kanzler Willy Brandt in seiner Vision der Entspannungspolitik nicht aus den Augen, als er mit erhöhten Aufwendungen für die Sicherheit – in der Verantwortung von Minister Helmut Schmidt – die europäische Stabilität neu ausbalancierte. Die Anerkennung der internationalen Westbindung war unbestritten, sie bedeutete für die Bundeswehr aber die kontrollierende Einbindung in das NATO-Bündnis. Die Rechte der alliierten Siegermächte, wie sie in Potsdam 1945 formuliert worden waren, gestalteten den Übergang vom besatzungsrechtlich *penetrierten System* des Kalten Krieges bis hin zur Souveränität des vereinten Deutschlands im Jahr 1990. Die Machtgeometrie über den Atlantik stand Pate an der Wiege der Bundeswehr und bleibt weiterhin beherrschend, also auch nach dem Ende des Kalten Krieges.

Zur zeitgemäßen Modernität der Bundeswehr von Anfang an gehörte die demokratische Reform, um nach 1945 die Wurzeln und Spuren des historischen Militarismus abzulegen. Die Weichen für diese neuartige Stellung des deutschen Militärs stellte die Politik in der frühen Bonner Republik; der Bruch mit der Vergangenheit sollte unumkehrbar sein. Die Idee der demokratischen Reform des Militärs knüpfte an die bürgerlichen Werte der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit des Zeitalters eines Carl von Clausewitz und Gerhard von Scharnhorst um 1810 an; sie fand im Begriff des *Staatsbürgers in Uniform* ihren Ausdruck, den General Wolf Graf von Baudissin für die Leitkultur der Bundeswehr fasste.

Historisch gesehen sollte dieser radikale Einschnitt jene Tendenzen einer *Staat-im-Staat*-Eigenwelt militärischer Macht verhindern. Die demokratische Kultur sollte – mit dem Begriff der Inneren Führung – die Werte der Verfassung gerade im Militär zur Geltung bringen, was vielfältige Folgen hatte und vor allem die Oberhoheit der politischen Organe der Republik, die parlamentarische Kontrolle sowie den Primat der Politik eindeutig garantierte. Für das Militär selbst, nach innen, verlangt dies zunächst Rechtsstaatlichkeit und zivile Gerichtsbarkeit; Gleichheit und Gleichberechtigung sichern den Soldatinnen und Soldaten aufgrund pluralistischer, offener Rekrutierungskriterien, prüfbarer Ausbildung und leistungsbezogener Aufstiegsbedingungen einen Berufsrahmen, der sich am zivilen Leben orientiert und der gesellschaftlichen Vielfalt alle Chancen gewährt. Nach außen, zur Gesellschaft hin, gilt die Forderung, die alte soziale Abschottung und ein nach *ewigen* Werten eigenständiges militärisches Milieu durch Offenheit und Anerkennung ziviler Kräfte zu

überwinden. Das Ideal des Modells vom *Staatsbürger in Uniform* ist als hoher Anspruch für das Militär in der Demokratie der Bundesrepublik selbstverständlich geworden, aber gleichwohl immer zeitgemäß neu zu verwirklichen. Achtsam ist mit den allgemeinen Werten umzugehen und immer wieder die Ausbildung und Bildung zu prüfen, wie die beruflich-handwerklich notwendigen und bildungsmäßig unabdingbaren Teile einem selbständigen und verantwortungsfähigen Soldatenbild moderner Professionalität zugute kommen. Innere Führung schließt selbstverständlich moderne Menschenführung, also freundlich-angemessene Sozialtechnologie im Umgang der Dienstgrade miteinander ein, aber sie ist im Grunde wesentlich mehr als die demokratische Notwendigkeit, von der sich die Wirklichkeit leiten lassen muss. Dieser Kernbestandteil der Bundeswehr bietet ein weites Feld verantwortlichen Handelns für Politik und Militär.

Um die Umsetzung und Gültigkeit der Inneren Führung wurde von Anfang an gerungen. Es lief nicht alles so glatt. Schon die Planungen einer *neuen Wehrmacht* in Bonn seit 1950 weisen auf das Fortwirken alter Orientierungen, die vehement gegen die demokratischen Reformen sich richteten. Daran änderten auch die *Wehrgesetze* der Jahre 1954 bis 1956 wenig. Die Bundeswehr schwankte zeitweilig ambivalent zwischen Demokratietauglichkeit und bedenklichem Traditionalismus – eine Hypothek für lange Zeit. Dennoch: Die Werte der Verfassung haben epochenübergreifende Gültigkeit. Sie haben die gerne so genannte Erfolgsgeschichte der Bundeswehr ein halbes Jahrhundert ausgerichtet – sie geben daher auch den Maßstab für die anstehende Militärreform.

Reformen des Militärs an Haupt und Gliedern setzen einen massiven Stau an Handlungserfordernissen voraus, der dem Impuls zum politischen Mandat vorausgeht. Entsprechend liegen 2010 gravierende Defizitanalysen vor, deren *Notwendigkeit* Minister Karl-Theodor zu Guttenberg zum politischen Handeln drängte. Nach 1990 hatte ein *Umbau* der Bundeswehr der neuen sicherheitspolitischen Lage in Europa, da Deutschland nicht mehr von Gegnern umringt war, Rechnung tragen sollen. Doch dieses Projekt war zu zögerlich angepackt worden. Nach einem Jahrzehnt, im Jahr 2000, gelangte die Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu dem klagensreichen Ergebnis: „Die Bundeswehr ist ... nicht im Gleichgewicht. Sie ist zu groß, falsch zusammengesetzt und zunehmend unmodern.“ Und um alle Zweifel an diesem vernichtenden Urteil zu beseitigen, folgte der Satz: „In ihrer heutigen Struktur hat die Bundeswehr keine Zukunft.“<sup>3</sup> Tatsächlich wurde diese Analyse verworfen, die Erkenntnisse ver-

---

<sup>3</sup> Bericht der Weizsäcker-Kommission, Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, Berlin 23.05.2000, S. 13.

kümmerten, Politik und Militär versagten. Nun steht die Ankündigung da, eine große Reform werde alles nachholen. Hilfreich, um sie zu beurteilen, mag es sein, einen kurzen Blick auf die bisher einzige Reform der Bundeswehr zu werfen, als nach 1969 gewichtige Eingriffe in Fundament und Struktur des Militärs vorgenommen wurden. Reformen müssen umfassend angelegt sein, ihr Erfolg ist auf berufliche wie gesellschaftliche Legitimation angewiesen.

## Reformstau 1969

Auch im Jahr 1969 gab es einen riesigen Reformstau.<sup>4</sup> Dieses Jahr wird gerne unterschätzt, man begrenzt seine Bedeutung auf den schieren Politikwechsel im Kanzleramt von der CDU zur SPD. Doch es gab gerade für die Bundeswehr 1969 einen Epochen Einschnitt. Die Misere des Militärs war nahezu unbeschreiblich.

- Der Bundeswehr selbst wurde eine unzureichende Professionalität bescheinigt, weil sie den Verteidigungsauftrag nur bedingt erfüllte; fachliche Ausbildung und die Beherrschung der modernen Waffensysteme blieben weit hinter den notwendigen Standards zurück. Unzählige Unfälle mit Todesopfern waren an der Tagesordnung, Affären und Skandale wiesen auf Drill und 08/15-Methoden vergangener Zeiten hin. Das wehrmachtsbezogene Leitbild des Anfangs war an sein Ende gekommen. Die Bundeswehr war, was das militärische Handwerk und die Innere Führung betraf, nicht auf der Höhe der Zeit.
- Die Beziehungen zur Gesellschaft waren von Spannungen bestimmt. Das hatte nur vordergründig mit dem Aufbegehren der Generation 1968 zu tun. Pazifistische Lehren aus dem Krieg und Bedenken gegenüber Militär hatten schon Konrad Adenauer entsetzt, weil Distanz zur *Wiederbewaffnung* herrschte. Der militärische Traditionalismus belastete die Beziehungen zur Gesellschaft, wie die Berichte der Wehrbeauftragten krass zeigten. Man spürte allenthalben, dass die Militärreform der *Wehrgesetzgebung* und das Konzept der Inneren Führung nur formal installiert waren.
- Und schließlich war die Leitungskompetenz der Politik herausgefordert. Verkrustete Hierarchiestrukturen erschwerten Überblick und Durchgriff. Darüber hinaus setzte die Militärführung am Ende der sechziger Jahre alles auf eine Karte, die parlamentarische Kontrolle und den Primat der Politik in einem verdeckten Machtkampf um Grundgesetzänderungen aufzuweichen. Gleiche Augenhöhe zur Politik stand zur Debatte – ein Blick in den Abgrund der Vergangenheit. Ein Glücksfall der Geschichte war, dass der kluge Generalinspekteur Ulrich de Maizière loyal mit dem die Übersicht

---

<sup>4</sup> Siehe zu Einzelheiten und zur Einordnung D. Bald, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005, München 2005.

bewahrenden Minister Helmut Schmidt das Steuer wenden konnte; sie schlugen der Hydra die Köpfe ab. Nahezu fünfzig Generale wurden gefeuert.

Schmidt entwarf eine Reform an Haupt und Gliedern: für berufliche Effizienz; für Geltung des Wertekanons der Verfassung im Militär; für die Öffnung zur pluralistischen Gesellschaft sowie für die Akzeptanz des Status, Berater der entscheidenden Politik zu sein. Danach wurde die Bundeswehr als *normale* deutsche Armee angesehen.

## Reformstau 2010

Das Dilemma der Bundeswehr war ein Konzeptmangel seit zwei Jahrzehnten. Mit der deutschen Einigung am 3. Oktober 1990 gab es keinen Gegner mehr. Obwohl die Richtung des Wandels sich früh angedeutet hatte, als – die neue Friedensordnung vor Augen – Generalinspekteur Dieter Wellershoff sich mit einem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ aus der Deckung wagte: „Helfen, retten, schützen!“, fanden das kaum Konsequenzen.<sup>5</sup> Zwar stimmten Militär und Politik dieser Version der militärischen Einsätze zu, da sie mehr an globale humanitäre Blauhelmissionen erinnerte. Die deutsche „Verantwortung in der Welt“, die Kanzler Helmut Kohl zuerst am 4. Oktober 1990 vor dem Bundestag proklamiert hatte, gab das Ziel für die militärpolitischen und -strategischen Grundlagen im Januar 1992; die „Armee im Einsatz“ sollte weit mehr als Blauhelme leisten. Nationale Interessen dominierten, als der „Zugang zu strategischen Rohstoffen“ zu den militärischen Aufgaben geriet. Dann zeigte sich, dass die seit Jahrzehnten zu beobachtende technologische Entwicklung der Rüstung selbst sowie der militärischen Kommunikation eine nahezu radikale Umstrukturierung verlangten.<sup>6</sup> Ein neuer Typ des Militärs zeigte seine Konturen. Aber auch auf diesem Feld blieb die Bundeswehr zaghaft und im Schatten ihrer Kalten-Kriegs-Ideologie zurück.

- Damit hatte die Bundeswehr selbst ein gravierendes Entwicklungsproblem. Das globale Einsatzspektrum der Politik des *Umbaus* konkurrierte mit dem alten Kriegstyp der Massenarmee und ihrer Waffensysteme. Die traditionalistischen Vertreter im Heer beispielsweise beharrten auf Panzertruppen gemäß dem Vorbild der mehr und mehr überholten Operationen aus der Epoche des Kalten Krieges anstelle der Bedingungen eines asymmetrischen Krieges und des Friedensauftrags. In beträchtlichem Ausmaß wurde die bestehende Ausstattung an Rüstung, vor allem an schweren Waffen,

---

<sup>5</sup> D. Wellershoff, Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, Bonn 1991.

<sup>6</sup> Siehe G. Däniker, Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte, Frankfurt a. M. 1992.



anachronistisch. Auch das militärische Milieu hinkte hinterher. Widersprüchlich spiegelt sich dies im Selbstverständnis der Soldaten. Hieß es im Kalten Krieg noch „Kämpfen können, um nicht eingesetzt zu werden“, galt nun die Parole, „Kämpfen können und kämpfen wollen“. Ethos und Erziehung zielten auf „die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr“, aber nicht nur die politische Bildung, sogar die handwerkliche soldatische Ausbildung wurden nachlässig betrieben.<sup>7</sup> Ein Kämpferkult war geboren. Als Kehrseite der Medaille zeigte sich: Die Innere Führung wurde abgelehnt, sie sei mit dem Modell einer *Armee im Einsatz* nicht vereinbar; zumindest eine Erosion ihrer Verbindlichkeit war zu verzeichnen.<sup>8</sup>

- Auch wurde es Militärpolitik, die Beziehungen zur Gesellschaft nach alter Weise als unvereinbare Gegensätze mit jeweils unterschiedlichen Normen zu bestimmen. In der Ausbildung trat erneut die Tradition zur Wehrmacht hervor; sogar der Ostfeldzug wurde entpolitisiert und immerhin Vorbild in der operativen sowie der taktischen Lehre. Das hatte Folgen für die Mentalität. Die Auseinandersetzungen um die Ausstellung *Vernichtungskrieg* erklären sich vor diesem Hintergrund. Rechtslastige Affären und Skandale mit verzerrten Machtfantasien traten wieder auf. Die Bundeswehr begab sich auf den Weg, sich von der Gesellschaft abzukapseln. Andere Beispiele kennen alle. Bei Zapfenstreich oder Gelöbnissen ist es üblich, dass die in den Scheinwerfern der Medien glänzenden Veranstaltungen polizeiliche Absperrungen gegen Proteste voraussetzen. Tatsächlich ist die Bevölkerung ausgeschlossen. Öffentlichkeit wird behauptet, aber Distanz wird offenkundig. Gegenkulturelle Entwicklungen befürchten die einen, andere sehen die zivil-militärischen Beziehungen im Argen liegen.
- Die Kontroll- und Leitungskompetenz der Politik ist über Jahrzehnte erodiert. Es gelang ihr nicht, den nach 1990 angedachten Auftrag weder in Ausbildung noch Rüstung der Bundeswehr umzusetzen. Zumindest haben seit damals mehrere Minister die zunehmend anachronistischen Tendenzen im Militär zugelassen, und also zu verantworten. Doch hatte immerhin ein Minister Erfolg, die Engstirnigkeit der Kalten-Kriegs-Brille zu überwinden. Peter Struck hat in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 21. Mai 2003 im Einklang mit der ausformulierten NATO-Strategie das militärische Aufgabenfeld umrissen: „Krisen und Konflikte, Bedrohungen und deren Ursachen im erweiterten geographischen Umfeld.“ Die terminologische Vagheit zeigt die Schwierigkeiten, den postnationalen Typ der

---

<sup>7</sup> Siehe Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 2008, Berlin 26.03.2009.

<sup>8</sup> Siehe B. Meyer, Innere Führung und Auslandseinsätze. Was wird aus dem Markenzeichen der Bundeswehr?, Frankfurt a. M. 2009.

Einsätze zu definieren. Aber auch Struck scheiterte bei Rüstung, Ausbildung und Kompetenzen an den verdeckten Interessen der Teilstreitkräfte.

Das ist die Lage im Jahre 2010. Unübersichtlichkeit ist das erste Kennzeichen. Aber da alle Phänomene über Jahrzehnte erkannt und auch beklagt wurden, haben sie manifeste Auswirkungen. Eine enorme Deformation im Militäralltag ist eingetreten. Mit dem Disput um das Vorbild des *archaischen Kämpfers* als Soldat der Zukunft wurde der Reformstau markiert. Anachronistische Verhältnisse bestimmen das Format der Bundeswehr. Sie ist professionell und rüstungstechnisch um Jahrzehnte zurückgeblieben. Politik und Parlament haben Anteil am strukturellen Politikversagen.<sup>9</sup> Vieles liegt im Argen. Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, eine Reform an Haupt und Gliedern der Bundeswehr, ist einfach überfällig.

## Grundprobleme der nahen Zukunft

Der ominöse Begriff der Transformation begleitet die Bundeswehr nunmehr seit Jahren. Er signalisiert zwar, dass die Verteidigungsarmee des Kalten Krieges Vergangenheit ist und stattdessen das Aufgabenspektrum radikal erweitert wurde. Aber ihm fehlt die weiterführende Richtung. Es ist daher schwer, die Transformation zu bewerten; es fehlen Zielpunkte oder Kriterien des Wandels, von denen aus man einen Maßstab zur Verfügung hätte, den relativen Stand der Umsetzung zu beurteilen. Das erschwert die Einordnung der gegenwärtigen Reform.

Die heute erkennbare Ausrichtung der Bundeswehr basiert auf einem Mangel an sicherheitspolitischer Analyse. Es findet sich an keiner Stelle ein fundiertes sicherheitspolitisches Konzept. Eine übergeordnete Risikoanalyse mit einer reflektierenden und die nationalen Interessen abwägenden Bewertung bleibt desiderat. Geradezu exemplarisch für die unsaubere Ausgangslage, die alles Mögliche vermischt, aber keine sicherheitspolitischen Kategorien zu erkennen gibt, ist ein Schreiben des Verteidigungsministeriums an den Verteidigungsausschuss des Bundestages zu den *Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr*. Darin werden zum deutschen „Sicherheitsumfeld“ einige Trends dargestellt, die bei der „konsequenten Ausrichtung auf den Einsatz hin zu berücksichtigen“ sind. Als solche Trends werden zum Beispiel genannt, „der Aufstieg neuer staatlicher Akteure“, die „auch unsere Werte, Normen und Interessen herausfordern“, oder „globale Destabilisierungsrisiken als Folge von Klimawandel“. Daraus sollen sich „richtungsweisende Impulse“ für die Mili-

---

<sup>9</sup> Siehe K. Naumann, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärs, Hamburg 2008.

tärreform ableiten lassen.<sup>10</sup> So definiert das Ministerium vor dem Parlament und beschreibt den Rahmen für Risiken und Herausforderungen, die einen Einsatz der Bundeswehr begründen? Das kann doch nicht sein: Absicherung deutscher Werte und Normen oder Folgen des Klimawandels mit Militär?

Die Verwischung der Klarheit des sicherheitspolitischen Rahmens wird ebenso beim Minister selbst deutlich, wenn er die *Neuausrichtung* in einer ausführlichen Begründung der Reform nach dem Kabinettsbeschluss vom 7. Juni 2010 mit dem Satz beschreibt: „Sicherheitspolitik wird in Zukunft noch stärker in der Prävention von Krisen und Konflikten (bestehen – d. A.) und erforderlichenfalls zu deren Einhegung Beiträge leisten müssen.“<sup>11</sup> Inhaltlich, so scheint es Devise der Politik zu sein, wird keine Klarheit über den Kern des Auftrags der Bundeswehr vermittelt. Die Umschreibungen sind vage, nebulös und vieldeutig. Im Unterschied dazu aber steht nur *Einsatz* im Zentrum. *Einsatz* ist das Wort, um das alles kreist. Da wurde der Minister deutlich: „Messlatte für uns alle und bei allen Entscheidungen muss der Einsatz sein.“ Vor Kommandeuren der Bundeswehr fuhr er fort: „Denken vom Einsatz her heißt, auch künftige, bisher nicht auf der Tagesordnung stehende Einsätze in möglichst vielen Facetten vorausdenken.“ Derart umschrieben wird „Einsatz“ zum Leitbegriff der „nationalen Zielvorgabe“ der Transformation.<sup>12</sup>

Der Untertitel der Strukturkommission zielt auf Effizienz. Erhebliche Eingriffe in die Kommando- und Führungsebenen zeichnen sich ab.<sup>13</sup> Konkret haben diese Vorschläge organisatorische Folgen für die *bürokratischen Großapparate* des Ministeriums und der Wehrbeschaffungsbehörden.<sup>14</sup> Das Ministerium wie die militärischen Führungsstäbe gelten seit langem als aufgebläht, unkoordiniert und widersprüchlich. Eine wichtige Maßnahme ist tatsächlich, die direkten Leitungskompetenzen des Generalinspektors auszubauen sowie die Inspektoren in allen Belangen ihm zu unterstellen. Was aus dem Bundesamt für Wehrbeschaffung wird, das *im Dialog* mit der mächtigen Rüstungswirtschaft die Produktionsergebnisse optimieren soll, wird abzuwarten sein. Anders könnte es mit der Anpassung der Rüstungsprojekte selbst sein, die sich bislang im Lichte der Bedürfnisse der Teilstreitkräfte und einer Ausrichtung

---

<sup>10</sup>Staatssekretär R. Wolf an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, Berlin 29.06.2010, Anlage.

<sup>11</sup>K.-Th. Freiherr zu Guttenberg, Beschluss des Bundeskabinetts vom 07. 06.2010, Berlin 31.08.2010.

<sup>12</sup>Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Kommandeurstagung, Dresden, November 2010.

<sup>13</sup>Siehe Strukturkommission, a. a. O., S. 31 ff.

<sup>14</sup>Siehe P. Schäfer, Vom Einsatz her denken oder: Wie die Bundeswehr für Großinterventionen fit gemacht werden soll, in: Wissenschaft und Frieden, 29. Jg., 2011, S. 35.

an realitätsfernen Szenarien des Kalten Krieges gestalteteten, wenn europäische Kooperationen und adäquate Bedarfe berücksichtigt werden. Schließlich ist eine massive Reduktion der zivilen Mitarbeiter in Ämtern und im Ministerium notwendig, allerdings ohne Verlust des Primats der zivilen politischen Verantwortung. In aller Kürze gesagt: Viel dringender Handlungsbedarf mit unendlich vielen Problemen.

Um der Probleme Herr zu werden, bräuchte es eine Zielsetzung, die über eine Reaktion auf den Afghanistan-Einsatz hinausgeht. Effizienz kann sich kaum aus den paradoxen aufstands- und kriegsähnlichen Erfahrungen am Hindukusch ableiten. Doch Kennzeichen der Reformdokumente ist, Entwicklung ganz allgemein, Wandel ohne bestimmbar Richtung und technokratische Modernisierung vorzugeben, ohne sie ausreichend zu definieren. *Einsatz* gerinnt zur beliebigen Formel, im NATO-Jargon *Level of Ambition* bezeichnet. Die Politik versäumt, plausible und nachvollziehbare, begründete und qualifizierte Bedingungen für den Auftrag der Bundeswehr vorzulegen, nach denen die zukünftigen Strukturen des Militärs und des Ministeriums abzuleiten und umzugestalten sind. Ein technokratisches Modell betriebswirtschaftlicher Rationalisierung sowie militärischer Einsatzoptimierung droht. Der Verlust eines politischen Maßstabs belastet die Reform. Daher wurde dieser Typ einer eng und begrenzt ausgelegten Militärreform bestimmt: Einsatzfähigkeit als Selbstzweck. Denn die Aktivitäten richten sich allgemein auf bündnispolitisches Gewicht, nationale Einflussrelevanz und außenpolitische Interessenvertretung. Die deutsche Regierung setzt auf militärische Präsenz zur Stärkung ihrer globalen Außenpolitik. An dieser Stelle ist die Frage nach dem Staatsverständnis der Regierung und nach ihren politikleitenden Werten zu stellen. *Mehr Militär allein* kann den internationalen Status eines Landes nicht hinlänglich begründen. Globaler Interventionismus kann nach den Afghanistan-Erfahrungen kaum Vorbild für künftige Einsätze sein.

Grundlage der Ausrichtung der Politik kann nur die Verfassung sein. Sie gibt das Maß des Auftrags der Bundeswehr und die Orientierung einer jeden Militärreform, also auch des Reformkonzepts des Jahres 2010. Am Anfang steht die Verfassung. Das Friedensgebot des Grundgesetzes steht vor Beginn und am Ende jeden Einsatzes. Die Politik kann nicht umhin, die Garantiefunktion des Staates für Freiheit und Frieden auch bei seinen Militäraktionen im internationalen Verbund, im Konsens mit der UNO und in ihrem Auftrag, zu berücksichtigen. Diese Normen gelten natürlich für alle Einsätze, auch wenn sie *komplexe Friedensmissionen* genannt werden. Sie sind daher mitnichten Interventionen zur Aufstandsbekämpfung oder Unterwerfung, gar Besetzung eines Territoriums, sondern sie zielen – im besten Sinne des Wortes – auf die Be-

friedung einer Region zum Wiederaufbau sowie auf friedliche Lebensbedingungen.

Die Fähigkeiten des Kämpfens und Helfens sind demnach nicht von vornherein konträre soldatische Kompetenzen, vielmehr in der Regel symbiotische Schlüsselqualifikationen. Die Einsatzlage im asymmetrischen Einsatz ist für den Soldaten unübersichtlich. Der Verlust der Eindeutigkeit und das Fehlen der Frontverläufe zwischen freundlichen und feindlichen Kräften erzeugt ein typisch nicht-lineares Gefechtsfeld. Ungewissheit ist das Kennzeichen. Diese An- und Herausforderungen müssen in Balance stehen zu Ausbildung und Ausrüstung; Berufsidealität und -zufriedenheit ist neu zu definieren. Der militärische Beruf steckt in der Krise. Die Professionalität verlangt, sich vom alten Kämpferkult zu verabschieden und an den Realitäten angemessen zu orientieren. Kämpfen reicht nicht aus. Das Leitbild der *ewigen Tugenden* ist obsolet. Disziplin und Pflicht, Gehorsam, Tapferkeit und Kameradschaft begreifen sich anders als im Kalten Krieg oder beim Ostfeldzug der Wehrmacht und unterscheiden sich erst recht von den Tugenden eines Helden im antiken Epos. In Afghanistan werden die internationalen Kräfte nicht als Sieger über einen Feind gefeiert; eine Siegesparade ist auch in Berlin nicht vorstellbar.

Um die normative Basis für das zukünftige Berufsbild zu legen, ist ein offener Diskurs vonnöten. Ein enges militärisches Denken, das in vielen Ecken der Kasernen, Stäbe und im Ministerium vorherrscht, könnte den Umschwung lähmen. Der Stellenwert der Inneren Führung darf nicht zur Disposition stehen. Allein die Berichte des Wehrbeauftragten des letzten Jahrzehnts lassen ahnen, dass hinter den öffentlich erschreckenden Affären und Skandalen extreme Mängel in Ausbildung und Denkweise stecken. Nichtbeherrschen der einfachsten Waffen oder Schwächen in der Führungsleistung vom Unteroffizier bis hin zu den Stabsleistungen der Offiziere sind die auffälligsten Merkmale der Mängelliste im Bericht an das Parlament. Die Orientierung der Reform an „erfolgsfähigen Strukturen“ reicht nicht aus, die Defizite der Personalbefähigung zu lösen. Leider ist dies typisch für das amtliche Reformdokument, das sich auf 112 Druckseiten mit einem einfachen Satz begnügt: „Die Innere Führung und das Prinzip des *Staatsbürgers in Uniform* sind und bleiben Ankerpunkt und Kompass für den bestehenden Wandel.“<sup>15</sup> Ankerpunkt, das soll genügen. Mit Kärrnerarbeit jedoch müsste die „bestehende“, bürokratisch akzeptierte Front gegen die demokratische Leitkultur der Bundeswehr, „Innere Führung“ sei nicht kompatibel mit der „Armee im Einsatz“, überwunden werden. Die Militärreform 2010 ist in zeitgemäß neuer Grundlegung auf die

---

<sup>15</sup>Siehe Strukturkommission, a. a. O., S. 18.

übergeordneten Werte der Verfassung zu formulieren. Zu diffus, zu sinnentleert und zu unverstanden waren die Prinzipien der Inneren Führung in letzter Zeit „zurückgestutzt“ worden.<sup>16</sup> Eine Neubelebung der leitenden Idee – eine Art „zweiter Gesellschaftsvertrag“ – ist für die Reform vonnöten.<sup>17</sup> Sie, gerade sie, bietet alle Voraussetzungen, diese Armee aufgabengerecht für Friedensmissionen auszustatten.

Das Reformkonzept der Bundeswehr wird mittelfristig realisiert. Sein Erfolg hängt davon ab, ob es gelingt, die Richtungsdebatte um die Modernisierung der Armee plausibel und konsistent in der Bundeswehr und mit der Gesellschaft abzustimmen. Die Erfahrungen in Afghanistan allein können kaum den Maßstab für das Militär der Zukunft bilden. Vielmehr sind alle Einsätze der letzten Jahrzehnte auszuwerten und auf den Wertekanon sowie die Interessen dieser Republik zu beziehen, wobei die postulierte politische Verantwortung im Sicherheitsrat der UNO auch obligatorisch für die militärische *Verantwortung in der Welt* ist. Ein simplifiziertes Verständnis an Rohstoffen und Instabilitäten droht, die Reform auf eine technokratische Revision der Militär-Effizienz hinzuführen. Die bislang vorgelegten Dokumente von Militär und Politik bieten wesentliche, auch zwingend erforderliche Bausteine einer Reform, aber sie sind voller Mängel und Lücken, denn sie loten den Horizont einer umfassenden Sicherheits- und Friedenspolitik kaum aus. Der große Wurf einer echten Reform bleibt (noch) Vision.

Dies könnte ein substantielles Handicap der Reform sein. Dieses Projekt benötigt Legitimation innerhalb der Bundeswehr. Dafür braucht es auch Mut, traditionalistischen Ballast über Bord zu werfen. Das Wofür der Einsätze wird sich an Ausbildung und Ausrüstung messen. Das Debakel der Afghanistan-Erfahrungen verleitet dazu, diesen Einsatztyp zur Folie der Zukunft zu machen, aber belastet in Konsequenz, das weite Feld realistischer Missionen mit allen Voraussetzungen in die neue Gestalt der Bundeswehr fließen zu lassen. Erst recht bietet das gegenwärtige, hauptsächlich auf Einsatz-Effizienz setzende Konzept Brisanz für die gesellschaftliche Legitimation, weil es an friedenstiftender Überzeugung mangelt. Die traditionelle Schicksalsgemeinschaft zwischen Volk und Militär – Verteidigung der Heimat – ist weg, sie generiert daher bei globalen Einsätzen keine Glaubwürdigkeit (mehr), erst recht dann nicht, wenn ökonomische Argumente und materielle Interessen überwiegen.

---

<sup>16</sup>D. Bald, H.-G. Fröhling, J. Groß, C. von Rosen (Hg.), Zurückgestutzt, sinnentleert, unverstanden. Die Innere Führung der Bundeswehr, Baden-Baden 2008.

<sup>17</sup>H. Müller, M. Fey, S. Mannitz, N. Schörnig, Demokratie, Streitkräfte und militärische Einsätze. Der „zweite Gesellschaftsvertrag“ steht auf dem Spiel, Frankfurt a. M. 2010.

Legitimation verlangt Sinngebung. Die Optionen der Einsätze müssen sich nachhaltig durch Frieden bestimmen.

**Autor:** Dr. Detlev Bald,

Militärhistoriker.

Wolfgang Scheler

## Der neue Auftrag der Bundeswehr und die Frage seiner demokratischen Legitimation

Die gegenwärtige Phase der Bundeswehrreform trägt den Namen *Neuausrichtung der Bundeswehr*. Man könnte nun denken, erst jetzt werde die Bundeswehr neu ausgerichtet. Begonnen aber hat dieser Prozess sehr viel früher, nämlich zu der Zeit, als mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die ursprüngliche politische Zweckbestimmung der Bundeswehr obsolet geworden war. Die Frage lautet also, wie sich ihr früherer und ihr heutiger politischer Zweck, anders gesagt, der Auftrag, der ihr von der Politik früher gegeben war, und der Auftrag, der ihr jetzt gegeben wird, voneinander unterscheiden.

### Der Verteidigungsauftrag

In der Nachkriegsordnung, die von den alsbald verfeindeten Siegermächten geschaffen worden war und die auch Deutschland in zwei Staaten geteilt hatte, wurden die deutschen Streitkräfte eingebunden in die militärische Blockkonfrontation. Unter diesen Auspizien wurde in das Grundgesetz der Artikel 87a aufgenommen. Lapidar heißt es im Absatz (1): „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Verteidigung ist also ihr Zweck. Das besagen auch die Begriffe *Verteidigungsfall* und *Verteidigungsauftrag*, die Artikel 87a verwendet. „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“, präzisiert Absatz (2) des Artikels. Ausdrücklich zugelassen wird gemäß Absatz (4), dass bei Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung die Streitkräfte unter definierten Bedingungen „zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ eingesetzt werden können.

Über die Bedeutung des verwendeten Begriffs *Verteidigung* lässt Artikel 26 des Grundgesetzes keinen Zweifel. Dieser verbietet Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, „insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“, als verfassungswidrig. Sehr bedeutsam für den Streitkräfteauftrag ist auch Artikel 25, der festlegt: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Artikel 1 der UN-Charta über die Wahrung des Weltfriedens und Kapitel VII über Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen haben demnach unmittelbar



Geltung für die Bundesrepublik und ihre Streitkräfte. Aus all dem ergibt sich, dass der Auftrag der bundesdeutschen Streitkräfte nur ein Verteidigungsauftrag sein kann, dem das Friedensgebot und das Verbot eines Angriffskrieges zugrunde liegen müssen. So war – und ist noch immer – der Verteidigungsauftrag verfassungsmäßig festgeschrieben.

Innerhalb dieses Rechtsrahmens wurde der Verteidigungsauftrag in seinem konkreten Inhalt über mehrere Jahrzehnte hinweg bestimmt von der Einbindung bundesdeutscher Streitkräfte in den militarisierten Systemkonflikt. Folglich ergab sich sein Inhalt politisch wie militärisch aus den Anforderungen, wie sie die Konfrontation der beiden mächtigen Militärbündnisse in der jeweiligen Konstellation stellte. In dieser Konfrontation bestand die Macht, die Streitkräfte zum Schutz der Interessen ihrer jeweiligen Staatengruppe aufbieten konnten, in ihrer atomaren und konventionellen Kriegsführungsfähigkeit. Auch die Bundeswehr als Teil der westlichen Militärmacht konnte ihren Verteidigungsauftrag nur durch die Fähigkeit zur Kriegführung erfüllen. Dabei richtete sich diese Kriegsführungsfähigkeit allein auf den für die Bundeswehr einzig denkbaren und real möglichen Krieg, auf den drohenden Krieg zwischen den beiden Militärkoalitionen, die sich mitten in Deutschland und Europa mit massierten, atomar bewaffneten und angriffsfähigen Streitkräften gegenüberstanden.

Wie ihre Kriegsführungsfähigkeit zur Wirkung gelangt, ob die deutschen Streitkräfte in der Koalition nur an der Friedenssicherung durch militärische Abschreckung beteiligt sind oder in einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg gestürzt werden, lag letztlich nicht in der Entscheidungsgewalt der verfassungsmäßig dafür vorgesehenen politischen Gremien. Real lag das allein in der Entscheidungsmacht der obersten politischen Führungen der beiden Supermächte – im besten Falle, solange diese die Kontrolle über das Auslösen von strategischen Kernwaffenschlägen wirklich behielten. Der Kalte Krieg der Systeme stützte sich zwar auf die Abschreckungsfunktion der Streitkräfte, doch beruht militärische Abschreckung eben genau darauf, die militärische Gewaltandrohung wahr machen zu können und gegebenenfalls Krieg zu führen. Das ist der innere Widerspruch eines auf militärische Gewaltmittel gestützten Friedens. Zu Zeiten der Strategie der garantierten gegenseitigen Vernichtung ließen die aufeinander gerichteten strategischen Kernwaffen bei der Beurteilung von Signalen über einen atomaren Erstschlag allenfalls Minuten für eine rationale Entscheidung über einen Antwortschlag, also über Krieg oder Frieden.

Der mental antizipierte Krieg, auf den die Bundeswehr sich vorzubereiten hatte, war also seinem militärischen Charakter nach eindeutig bestimmt. Ebenso eindeutig bestimmt war auch der militärische Gegner. Dementspre-

chend ergab sich aus den Wesensmerkmalen dieses konkreten Krieges und der Beurteilung der Kriegsführungsfähigkeiten des konkreten Gegners, welche Bewaffnung und welche Struktur die Bundeswehr brauchte, um den ihr gestellten Auftrag erfüllen zu können. All das bestimmte natürlich auch die Motivation der Soldaten und den Geist der Truppe. Spätestens als die Einsicht sich durchsetzte, dass es in einem Krieg zwischen den beiden Militärbündnissen weder Sieger noch Besiegte geben würde, wurden Kampffähigkeit und Kampfeswille von einem übergeordneten Motiv geleitet. Es war das Motiv, den Gegner durch die eigene Gefechtsbereitschaft und Kampffähigkeit abzuschrecken und auf diese Weise mit militärischer Macht dazu beizutragen, einen solchen Krieg zu verhindern. Seinerzeit fasste Generalinspekteur Dieter Wellershoff das sinnfällig in die Formel: Kämpfen können und kämpfen wollen, um nicht kämpfen zu müssen.

## **Der Wechsel zum neuen Auftrag der Bundeswehr**

Mehr als zwei Jahrzehnte liegt die Zeit der bedrohlichen Konfrontation zweier Militärkoalitionen hinter uns. Als der Ost-West-Konflikt, der ungeheure Militärapparate erzeugt und die ganze Menschheit mit dem Atomtod bedroht hatte, sich unerwartet friedlich aufgelöst hatte, war der Bundeswehr der Gegner plötzlich abhanden gekommen und damit auch der Krieg, auf den ihr ganzes militärisches Denken und Handeln ausgerichtet war. Das warf notwendigerweise die Frage auf, welchen Zweck deutsche Streitkräfte in der neuen Situation erfüllen könnten, welcher politische Auftrag ihnen gegeben werden soll.

Kurzzeitig keimte eine neue Hoffnung auf: Wenn dieser Hauptkonflikt zweier Welten, der das Geschehen jahrzehntelang bestimmt hatte, auf so einfache Weise friedlich beigelegt werden konnte, so schien es, müssten die übrigen, viel weniger tiefen Konflikte erst recht friedlich lösbar sein. Ein ungefährdeter Frieden schien möglich zu werden, zumindest für die Staaten, die sich im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammengetan hatten, von Vancouver weit im Westen bis Wladiwostok weit im Osten. Diesen Geist atmete die Charta für ein neues Europa, die 1990 in Paris mit der Verheißung verkündet worden ist: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ Es breche nun „in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an“, versprachen die KSZE-Staaten und legten „das

unerschütterliche Bekenntnis“ ab, „gleiche Sicherheit für alle unsere Länder“<sup>1</sup> zu gewährleisten, eingeschlossen also die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion.

Logische Konsequenz dieser Bewertungen und Versprechen über das Ende der Konfrontation und über das Anbrechen der Einheit, des Friedens und der gleichen Sicherheit für alle unsere Länder wäre gewesen, ebenso wie das östliche auch das westliche Militärbündnis aufzulösen. Doch in der Politik steht das Interesse höher als die Logik. Im Rahmen des Militärbündnisses, das nun nach neuen Aufgaben suchte, ergab sich für die Bundeswehr die Frage, mit welchem militärischem Gegner in der neuen Konstellation zu rechnen sei und auf welche Weise sie nun die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten könnte. Nach einer Schamfrist mit anfänglicher militärischer Zurückhaltung Deutschlands und mit dem Freikauf der Bundeswehr von einer Beteiligung an Militärinterventionen der USA, der so genannten Scheckbuchdiplomatie, leitete die Bundesregierung eine sicherheitspolitische Wende ein.

Kaum zwei Jahre nachdem die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland entstanden war, gab der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, Verteidigungspolitische Richtlinien für seinen Geschäftsbereich heraus. Obwohl in einer Phase epochalen Wandels noch nicht alle langfristig wirkenden Parameter voll ausgeprägt waren, erhob der Verteidigungsminister diese Richtlinien in den Rang, „das verteidigungspolitische Konzept der Zukunft“ zu sein. Sie „bieten Leitlinie und Orientierung für die langfristige Gestaltung der Verteidigungspolitik“.<sup>2</sup> Es ist schon erstaunlich: In der Phase epochalen Wandels entscheidet ein Minister, vorbei am Grundgesetz und am Bundestag, über die langfristige Gestaltung der Verteidigungspolitik Deutschlands. Über vierzig Jahre legitimierte die Bundesrepublik Rüstungen und Streitkräfte mit dem Auftrag, die Bundesrepublik gegen eine äußere Bedrohung zu schützen, die von der Sowjetunion und deren Bündnisstaaten ausgehe. Nun vollzog ein Minister die Kehrtwende.

Der Bundeswehr erteilte der Bundesminister der Verteidigung den Auftrag, entscheidend dazu beizutragen, „die politische Handlungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten“.<sup>3</sup> Man muss sich die ganze Tragweite eines solchen Auftrages vor Augen führen. Nicht mehr die Verteidigung

---

<sup>1</sup> Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, 21. November 1990, in: Deutsche Außenpolitik 1990/91. Auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung. Eine Dokumentation, Bonn 1991, S. 265.

<sup>2</sup> Der Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn, 26.11.1992, Ziffer 3.

<sup>3</sup> Ebenda, Ziffer 44.

ist der Auftrag der Streitkräfte, sondern ihr Auftrag ist es auf einmal, einen entscheidenden Beitrag zur politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands zu leisten. Welches Verständnis legt man denn der politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands zugrunde, wenn man sie von den deutschen Streitkräften abhängig macht? Nichts davon steht im Grundgesetz. Und da außer zur Verteidigung die Streitkräfte nur eingesetzt werden dürfen, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt, dürfen sie also nicht eingesetzt werden, um einen entscheidenden Beitrag zur politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands zu leisten. Schon gar nicht darf darüber ein Minister entscheiden. Doch weder die Regierung und das Parlament noch das Bundesverfassungsgericht und der Verfassungsschutz reklamierten diese Missachtung des Grundgesetzes. Wer glaubt, in der Demokratie müsse, wenn schon nicht die Bürger, so doch wenigstens ihre Vertretungskörperschaft, das Parlament, politische Grundsatzentscheidungen treffen, sieht sich getäuscht.

Der neu bestimmte Auftrag der Bundeswehr, so die Verteidigungspolitischen Richtlinien, reflektiere „die vitalen nationalen Sicherheitsinteressen, die neue Konstellation von Chancen und Risiken sowie die fundamental veränderte Lage und Rolle Deutschlands“.<sup>4</sup> Näheres darüber, worauf sich die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands richtet, erfährt man aus den in zehn Punkten definierten vitalen Sicherheitsinteressen, von denen die deutsche Politik sich leiten lässt.<sup>5</sup> Als ein solches vitales Sicherheitsinteresse wird die Bündnisbindung an die Nuklear- und Seemächte in der Nordatlantischen Allianz benannt und damit begründet, dass sich Deutschland als Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen(!) nicht allein behaupten kann. Nimmt man noch das vitale Interesse an der Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt hinzu, so besteht Klarheit über die Essentials der politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands und über den entscheidenden Beitrag, den die deutschen Streitkräfte hierzu leisten sollen.

Was unter den 10 benannten *vitalen Sicherheitsinteressen* überhaupt nicht vorkommt, ist das Interesse am Frieden. Dass Sicherheit zuerst und vor allem abhängig ist von der Sicherheit des Friedens, scheint nicht mehr zu gelten. Hier schon beginnt der friedenspolitische Konsens in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sich aufzulösen. Wenigstens im Auftrag der Bundeswehr findet sich an vorletzter Stelle, sie „dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen“.<sup>6</sup> Aller-

---

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Siehe ebenda, Ziffer 8.

<sup>6</sup> Ebenda, Ziffer 44.

dings ergeht als Vorgabe für die Fähigkeiten der Bundeswehr, anstelle der Aggressionsabwehr und Verteidigungsfähigkeit die „Eignung der Streitkräfte zum Kriseneinsatz“<sup>7</sup> auf breiter Grundlage zu entwickeln. Es verbiete sich „eine starre Zuordnung militärischer Fähigkeiten zu den Kategorien Frieden, Krise und Krieg“.<sup>8</sup> Schließlich wird ein neues Leitbild und Selbstverständnis des Soldaten postuliert: „Die Soldaten der Bundeswehr müssen in ein neues Selbstverständnis hineinwachsen.“ Sie müssen künftig bereit sein, „neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen. ... Soldatische Professionalität muss sich dazu an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren, unter denen Soldaten künftig ihren Dienst leisten werden“.<sup>9</sup> Also es geht nicht um den Frieden, sondern um das Kriegführen. Das war die Ansage für den Bruch mit einer Sicherheitspolitik, die dem Kredo folgt, dass von Deutschland nie mehr Krieg ausgehen darf und die Deutschen eine Kultur der militärischen Zurückhaltung üben.

Diese Neuorientierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fand zunächst im Verborgenen und weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit statt. Der Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung hatte sie auf den Weg gebracht, also wesentlich jene Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Militär mit all ihren Funktionseleiten und Lobbyisten, die den Weg frei machen wollten für die Beteiligung Deutschlands an Militärinterventionen des westlichen Bündnisses. Dieser gravierende Politikwechsel wurde eingeleitet vom Verteidigungsressort der Regierung, ohne Debatte und ohne Entscheidung im Parlament. Um ihn auch praktisch zu exekutieren, bedurfte es einer längeren Übergangsphase. Drei wesentliche Voraussetzungen mussten dafür geschaffen werden. Vor allem bedurfte es einer allmählichen Umstellung der politischen und der öffentlichen Meinung. Notwendig war weiter eine rechtliche Absicherung des grundlegend veränderten Auftrages. Schließlich mussten in einem längeren Prozess die Streitkräfte umgerüstet, neu strukturiert und ausgebildet werden, um die für den neuen Auftrag erforderlichen Fähigkeiten zu erlangen.

Die Bundeswehr hatte dreieinhalb Jahrzehnte im Kalten Krieg, der längsten Friedensperiode in Europa, Gewehr bei Fuß gestanden. Der Verteidigungsfall, auf den sie sich vorbereitete und um den sich obligatorisch das militärische Denken drehte, also ein bewaffneter Angriff des Gegners, der das „Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ (Artikel 51 der

---

<sup>7</sup> Ebenda, Ziffer 48.

<sup>8</sup> Ebenda, Ziffer 49.

<sup>9</sup> Ebenda, Ziffer 53.

UN-Charta) gegeben hätte, trat nicht ein. Diese Gegebenheiten hatten das Bild von der Bundeswehr als einer Armee unter Friedensbedingungen geprägt. Jetzt aber musste die Vorstellung von der Bundeswehr in Wartestellung zur Verteidigung der Heimat umgewandelt werden zur gänzlich neuen Vorstellung einer Bundeswehr im Kampfeinsatz in fremden Ländern. Durch Verschleierung der wahren Absichten und mittels Gewöhnung an den praktischen Gebrauch der Bundeswehr in Auslandseinsätzen konnte das bewerkstelligt werden. Zunächst standen die Auslandseinsätze im Zeichen von Friedensstabilisierung und Lösung humanitärer Aufgaben ohne Mandat zum bewaffneten Kampf. Alsbald gelangten die politische Auseinandersetzung und die öffentliche Diskussion über die Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen der Vereinten Nationen in Somalia, Kambodscha und Bosnien-Herzegowina an einen kritischen Punkt, der zur Klärung der Rechtsgrundlagen zwang.

In einem Organstreitverfahren auf Antrag der SPD- und der FDP-Fraktionen des Bundestages entschied das Bundesverfassungsgericht 1994 in Ableitung aus Artikel 24 des Grundgesetzes über die Einordnung des Bundes in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit zur Wahrung des Friedens, dass deutsche Streitkräfte an einem Einsatz im Rahmen von Aktionen der NATO und der WEU zur Umsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrates teilnehmen dürfen. Zur Bedingung dafür machten die Verfassungsrichter aber, dass vorher die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages eingeholt wird. Obwohl in diesem Urteil mit der Bindung an UN-Aktionen und dem Parlamentsvorbehalt enge Grenzen für Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte gesetzt werden, bejubelte der seinerzeitige Außenminister Klaus Kinkel es mit den Worten: „Am 12. Juli gaben die Karlsruher Verfassungsrichter der deutschen Außenpolitik ein letztes wichtiges Stück Handlungsfreiheit und Normalität zurück.“ Es sei dies „eine interessen- und wertorientierte Außenpolitik“, doch, so schränkte er ein: „Prinzipien sind leider im harten politischen Tagesgeschäft nicht immer lupenrein durchzuhalten.“<sup>10</sup>

## **Kriegsbeteiligung und praktische Umsetzung des Interventionsauftrages**

Bald wurde aus der Ankündigung, sich nicht immer an die Prinzipien zu halten, ein fundamentaler Tatbestand mit gravierenden Wirkungen. Man braucht keine Lupe, um zu sehen, dass im Kosovo-Konflikt die Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien eklatant gegen eben jene Beschränkungen verstieß, die das Verfassungsgericht auferlegt hatte. Dieser

---

<sup>10</sup>K. Kinkel, Deutsche Außenpolitik in einer neuen Weltlage, in: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bulletin Nr. 76, S. 713.

ohne Mandat des Sicherheitsrates geführte Krieg, er begann im März 1999, war eindeutig völkerrechtswidrig, war ein Aggressionskrieg. Wieder einmal stand im politischen Tagesgeschäft das Interesse höher als die Wertorientierung und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Eigentlich hätten sich Bundeskanzler Gerhard Schröder, Vizekanzler und Außenminister Josef Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping vor Gericht verantworten müssen wegen Verbrechen gegen den Frieden und wegen Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges, was nach bundesdeutschem Recht unter Strafe gestellt ist. Doch wurden entsprechende Anzeigen vom Generalbundesanwalt abgewiesen. An die Stelle von Recht und Gesetz bei der Entscheidung zum Krieg und bei dessen Rechtfertigung setzten Politik und tonangebende Medien moralische Entrüstung, genährt von einer Kriegslüge.<sup>11</sup> Fragwürdig war auch der Umgang mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz. Es wurde nicht die Zustimmung des im Oktober 1998 neu gewählten Bundestages eingeholt, sondern die Regierung griff auf einen Beschluss aus der vorangegangenen Legislaturperiode zurück, der vor Monaten unter anderen Voraussetzungen gefasst worden war.

Mit dieser, wenn auch noch begrenzten, Beteiligung an einem völkerrechts- und grundgesetzwidrigem Krieg verlor die Bundeswehr ihre verteidigungspolitische Unschuld. Auch der damalige Generalinspekteur und die Befehlshaber der Truppen für die Kampfeinsätze hätten für den Rechtsbruch strafrechtlich verantwortlich gemacht werden müssen. Ebenso hätten die eingesetzten Soldaten das Recht und die Pflicht gehabt, den Befehl zu verweigern. Aber ganz im Gegenteil, die Tatbeteiligung mit Kampfeinsätzen am Aggressionskrieg der NATO wurde zum Beschleunigungsmoment für die Neuausrichtung der Bundeswehr. Kurze Zeit nach Beendigung dieses Krieges stellte Generalinspekteur Harald Kujat auf einer Kommandeur-Tagung fest: „Die Bundeswehr ist seit mehreren Jahren eine Armee im Einsatz.“ Wir „stehen am Beginn einer Reform der Bundeswehr, die weitreichender und tiefgreifender ist als alle bisherigen“.<sup>12</sup> Es gehe um Erneuerung von Grund auf. Erforderlich sei ein neues Fähigkeitsprofil mit veränderten Strukturen, Einsatzgrundsätzen und operativen Planungen, um „das Gesamtsystem Streitkräfte zu einem schnell verfügbaren, flexiblen und hochwirksamen Instrument der deutschen Außen-

---

<sup>11</sup>Siehe H. Loquai, Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999, Baden-Baden 2000; derselbe, Krieg als Mittel der Politik?! Vom Balkan nach Afghanistan und jetzt zum Irak?, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 63, Dresden 2002.

<sup>12</sup>Die Bundeswehr am Beginn des 21. Jahrhunderts. Rede des Generalinspektors der Bundeswehr, General Harald Kujat, auf der 38. Kommandeur-Tagung der Bundeswehr in Leipzig am 13. November 2000, Ms, S. 1.

und Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln“.<sup>13</sup> Das neue Fähigkeitsprofil orientiere sich an den Leitlinien strategischer und operativ-taktischer Informationsüberlegenheit, national und international integrierter Führungsfähigkeit, strategischer Verlegefähigkeit, Flexibilität und Mobilität, Durchhaltefähigkeit und Überlebensfähigkeit.<sup>14</sup> Hiermit war das ganze Programm für die Verwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsstreitkraft abgesteckt.

## **Der neue Bundeswehrauftrag und die Missachtung der Demokratie**

Noch immer aber blieb die Bevölkerung, der Souverän in der bürgerlichen Demokratie, von einer Entscheidung über eine solche militärpolitische Wende ausgeschlossen. Selbst seine Vertretungskörperschaft, das Parlament, führte weder einen Diskurs über die grundsätzliche Ausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch traf sie eine Entscheidung, welche Richtung die Bundesrepublik in dieser Grundsatzfrage, einer Frage, bei der es um Leben und Tod von Menschen geht, einschlagen will. Die ihnen obliegenden Einzelfallentscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr fällten die Abgeordneten faktisch auf der Grundlage von Fakten, die zuvor eine Gruppierung von Spitzen der Politik, der Wirtschaft, des Militärs und der Mainstream-Medien geschaffen hatte. Vielfach wurde die Zustimmung zu solchen Einsätzen Abgeordneten mit Falschinformationen, moralisierenden Begründungen oder mittels Fraktionszwang abgerungen.

Freilich bereitete der fundamentale Wandel von einer Bundeswehr, die für die Landesverteidigung zuständig ist, zu einer Armee im Einsatz, die in fernen Ländern operiert, Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit. Immerhin ist der Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes eindeutig und noch in Kraft. Der Widerspruch zwischen diesem Verteidigungsauftrag und der Neuausrichtung auf Militärinterventionismus irritierte natürlich auch die Soldaten in ihrem politischen und militärischen Selbstverständnis. Deshalb suchte Verteidigungsminister Peter Struck eine Lösung des Problems, indem er den Begriff *Verteidigung* neu definierte. In den von ihm erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es: „Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein. Dementsprechend lässt sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen,

---

<sup>13</sup>Ebenda, S. 2.

<sup>14</sup>Siehe ebenda, S. 4.



sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“<sup>15</sup> Nun liegt es wohl nicht in der Befugnis eines Verteidigungsministers, das Grundgesetz neu zu interpretieren, das den Begriff *Verteidigung* an den Begriff *Verteidigungsfall* bindet und diesen im Artikel 115a definiert als den Fall, in dem „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall)“.

Mit Begriffakrobatik ließ sich der Widerspruch nicht lösen. Er bleibt bestehen, wenn der Auftrag nicht mehr als Verteidigungsauftrag formuliert wird, sondern als „eingebettet in die gesamtstaatliche Vorsorgepflicht für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, unseres Landes und unseres Wertesystems sowie für die Wahrung unserer Interessen im europäischen und transatlantischen Zusammenhang“.<sup>16</sup> Damit werden für den Auftrag der Bundeswehr ganz andere Gründe und Zwecke maßgebend, als einem erlittenen oder unmittelbar bevorstehenden Angriff zu begegnen. Als neue Gründe und Zwecke sind jetzt Sicherheit des Wertesystems und Wahrung der Interessen Deutschlands im europäischen und transatlantischen Zusammenhang maßgebend. Dementsprechend wird der Auftrag formuliert: „Die Bundeswehr als Instrument einer umfassend angelegten, vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit,
- leistet einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen,
- gewährleistet die nationale Sicherheit und Verteidigung und trägt zur Verteidigung der Verbündeten bei,
- fördert multinationale Zusammenarbeit und Integration.“<sup>17</sup>

Bedenkt man dabei, wie in diesen Richtlinien der Begriff *Verteidigung* definiert ist, dann wird klar, was der neue Auftrag den deutschen Streitkräften alles erlaubt und wie sehr das im Widerspruch zum Grundgesetz steht.

Klar und unumwunden benannte das Redaktionsmitglied der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Karl Feldmeyer, diesen Widerspruch: „Verteidigung aber war ein definierter Begriff, der keine Interpretation zuließ: Vorverteidigung der eigenen Grenze und Hilfe bei der Verteidigung von NATO-Verbündeten, wenn sie Opfer eines Angriffs geworden waren. Dass diese Eindeutigkeit des Auftrags heute nicht mehr gegeben ist, bereitet mehr Unbehagen, als öffent-

---

<sup>15</sup>Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin, 21.05.2003, Ziffer 5.

<sup>16</sup>Ebenda, Ziffer 70.

<sup>17</sup>Ebenda, Ziffer 71.

lich zu Tage tritt.“<sup>18</sup> Er machte darauf aufmerksam, dass sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bloß auf Einsätze der Bundeswehr bezieht. „Eine ganz andere Frage ist die, ob der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Interventionsarmee mit den Vorgaben des Grundgesetzes übereinstimmt.“<sup>19</sup> Umso mehr falle auf, dass dieses Thema bislang noch nicht einmal ins öffentliche Bewusstsein gelangt sei.

Offen sprach Karl Feldmeyer aus, wie sich die Sache wirklich verhält: „Aus einer Verteidigungsarmee soll eine Interventionsarmee werden. Dies verändert unvermeidlich nicht nur ihre Ausrüstung und ihren Umfang. Es verändert Bewusstsein und Identität der Streitkräfte.“<sup>20</sup> Und er führt den Gedanken weiter zu den fundamentalen Fragen der Identität der Bundeswehr und des Bewusstseins ihrer Soldaten, wenn er schreibt: „Für viele Soldaten, insbesondere für die militärische Führung, sind nicht nur Zustand und Ausstattung Anlass zur Unzufriedenheit. Sie stellen sich die Frage, ob das noch die Armee ist, in die sie eingetreten sind und in der sie dienen wollten. ... Auch macht es für die Soldaten einen grundsätzlichen Unterschied, ob sie Leib und Leben riskieren, um ihr Land und seine Bewohner vor einem Angreifer zu schützen, oder dazu, einen Kabinettsbeschluss umzusetzen, der von politischen Überlegungen bestimmt wird.“<sup>21</sup> Was Karl Feldmeyer sehr deutlich und zutreffend problematisiert, war dagegen für Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhahn überhaupt kein Problem und längst entschieden. Der einfache und, wie er es sieht, zu seiner Zeit bereits unglückliche und missverständliche Satz, *kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen*, trage nicht mehr und könne den Soldaten der Bundeswehr für die Bewältigung der veränderten Aufgaben keine Orientierung bieten.<sup>22</sup> Das ist nichts weiter als eine verschämte Umschreibung für das, was noch nicht so ausgesprochen werden durfte: Nicht mehr die Idee der militärischen Abschreckung zur Kriegsverhütung bietet die Orientierung für die Soldaten, sondern das Kämpfen in Kriegshandlungen.

Wie tiefgreifend der neue Auftrag weltweiter Interventionsfähigkeit den Charakter der Bundeswehr verändert, beurteilte Karl Feldmeyer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* so: „Mit dem Auftrag ändern sich auch Selbstverständnis

---

<sup>18</sup>K. Feldmeyer, Die neue Bundeswehr. Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee, in: Internationale Politik, Heft 06/2005, S. 73.

<sup>19</sup>Ebenda, S. 72.

<sup>20</sup>Ebenda.

<sup>21</sup>Ebenda, S.73.

<sup>22</sup>Siehe Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhahn, zum Thema „Die Bundeswehr im Transformationsprozess“ am 15. März 2006 beim Berliner Forum Zukunft der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, Ms, S. 6.

und Mentalität derer, die in der Bundeswehr dienen. Vom Staatsbürger als dem geborenen Verteidiger seines Landes, so wie ihn Scharnhorst als Leitbild postuliert hat und wie er der Idee der Wehrpflicht bis heute zugrunde liegt, haben sich die Bundesrepublik und ihre Armee seit 1990 entfernt. Den Geist der Armee prägen zunehmend diejenigen, die sich freiwillig für eine neue Bundeswehr entschieden haben, deren Aktionsfeld weltweit ist.<sup>23</sup>

Zum Abschied vom früher in der Bundeswehr hochgehaltenen Leitbild Scharnhorsts und der Idee der Wehrpflicht hat wohl nichts so sehr beigetragen wie der Kampfauftrag im Afghanistan-Krieg. Anfangs noch mit illusionären bis verlogenen Verheißungen in den Einsatz geschickt, bei der Friedensstabilisierung und beim demokratischen Aufbau zu helfen, gerieten die Soldatinnen und Soldaten immer mehr ins Kampfgeschehen und erfuhren am eigenen Leib und Verstand die Gräueltaten des Krieges. Von den amerikanischen Verbündeten aufgefordert, sich nicht bloß auf den Wiederaufbau und die Friedenssicherung zu konzentrieren, sondern auch die unangenehmen Sachen zu tun, mussten sie erkennen, was das bedeutet: „Die Deutschen müssen das Töten lernen.“<sup>24</sup> Sie lernten es, aber auch das Sterben. Seit langer Zeit, in der sich die Deutschen im Frieden eingerichtet hatten, kam nun wieder zu Bewusstsein, was Krieg heißt, zumindest für diejenigen Deutschen, die Regierung und Bundestagsmehrheiten in den Krieg schickten. Es mutet an wie ein Rückfall in längst überwunden geglaubte deutsche Zustände, wenn Ex-General Klaus Naumann in einer Rundfunksendung bedenkenlos bekundet, das militärische Kerngeschäft sei das Töten von Menschen und das Getötetwerden.<sup>25</sup>

Im *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr* wurden solche Töne noch nicht angeschlagen, auch vermied man da noch das Wort Krieg. Das Buch war dafür gedacht, eine größere Akzeptanz für die Neuausrichtung der Bundeswehr auf Militärintervention und Beteiligung an Kriegführung in der deutschen Öffentlichkeit zu erreichen. Es enthielt nahezu wortgleich den in den Verteidigungspolitischen Richtlinien formulierten Auftrag der Bundeswehr.<sup>26</sup> Im Weißbuch bemühte man sich aufwändig zu erläutern, die Sicherheitspolitik folge einem „umfassenden Sicherheitsbegriff“ und könne „weder rein national noch allein durch Streitkräfte

---

<sup>23</sup>K. Feldmeyer, *Bewegliche Antwort*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.11.2005, S. 7.

<sup>24</sup>Das Afghanistan-Abenteuer, in: Der Spiegel, Nr. 47 vom 20.11.06, S. 24.

<sup>25</sup>Siehe K. Naumann, Panorama, Deutschlandfunk, 21.01.2010.

<sup>26</sup>Siehe Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, S. 13.

geleistet werden“.<sup>27</sup> Ganz im Gegensatz dazu stand aber, dass das Buch ganz auf die Bundeswehr zugeschnitten war und vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben wurde. Vor allem aber kann ein Buch nicht eine demokratische Entscheidung über die Grundsätze der Sicherheitspolitik Deutschlands ersetzen. Wie soll man es nennen, wenn die Sicherheitspolitik Deutschlands nicht vom Parlament, geschweige denn vom Souverän in der Demokratie gemacht wird, sondern vom Bundesministerium der Verteidigung, und dieses der Bundeswehr einen Auftrag erteilt, der wesentlich von ihm selbst erdacht und formuliert worden ist.? Wo doch die Bundeswehr eine Armee in der Demokratie sein soll und als eine Parlamentsarmee ausgegeben wird.

Welches Verständnis von Demokratie spricht aus dem Bekenntnis von Ex-Verteidigungsminister Peter Struck, es sei „völlig klar, dass die SPD, aber auch die Union, die FDP und weite Teile der Grünen mit der klaren Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung stehen. Dennoch bleibe ich dabei: Die Interessen Deutschlands werden am Hindukusch verteidigt“.<sup>28</sup> Wenn Minister und Volksvertreter in der grundsätzlichen und lebenswichtigen Frage Krieg oder Frieden sich ungeniert über den Willen ihrer Wähler hinwegsetzen, muss man fragen, wen sie eigentlich repräsentieren in der repräsentativen Demokratie. Immerhin sprechen sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gegen die Kriegsbeteiligung Deutschlands aus. Selbst eine Mehrheit von Bundeswehrsoldaten zweifelt an fragwürdigen, riskanten und nicht begründbaren Auslandseinsätzen, in die sie von Politikern geschickt werden. Deutlicher Ausdruck dafür war, dass bei einer Erhebung im Jahr 2007 drei Viertel der befragten Berufssoldaten ihren Kindern und anderen Nahestehenden den Dienst in den Streitkräften nicht empfehlen würden.<sup>29</sup>

Die Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit und in der Bundeswehr hinsichtlich eines Streitkräfteauftrages, der nicht dem Willen der Bevölkerung gerecht wird und vom Grundgesetz nicht gedeckt ist, bestehen weiter. Daran ändert auch nichts, wenn Verteidigungsminister Thomas de Maizière in seinen Verteidigungspolitischen Richtlinien wenigstens den Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger an die erste Stelle des Streitkräfteauftrages setzt. Es bleibt dabei, wenn nun auch an zweiter Stelle genannt, dass

---

<sup>27</sup>Ebenda, S. 11.

<sup>28</sup>Zitiert nach O. Köhler, SPD – was ist das?, in: Neues Deutschland vom 22./23.03.2008, S. 1.

<sup>29</sup>Siehe So rundum zufrieden ist bloß eine Minderheit, in: Die Bundeswehr, Heft 05/2007, S. 6.

die Bundeswehr die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands sichern soll.<sup>30</sup>

Was vor nunmehr zwei Jahrzehnten in Gang gesetzt worden ist, um die Bundeswehr auf einen neuen Verwendungszweck auszurichten, ist weit gediehen. Dennoch bleibt die Bundeswehrreform eine Baustelle für die Soldatinnen und Soldaten, und sie bleibt eine offene Wunde an einem auf Frieden und ziviles Leben eingestellten Gesellschaftskörper. Es wäre gut, wenn die Erfahrungen die politische Mehrheit darüber belehrten, dass militärische Zurückhaltung den Menschen in Deutschland sehr viel besser bekommt als Außenpolitik mit Waffen und Soldaten.

**Autor:** Prof. Dr. Wolfgang Scheler,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

---

<sup>30</sup>Siehe Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 27. 05.2011, Abschnitt V., Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr und nationale Zielvorgabe.

Ernst Woit

## **Der *professionelle Kämpfer* als neues Leitbild der Bundeswehr**

In einer Diskussion über die Rahmenbedingungen und Konsequenzen der aktuellen Bundeswehrreform betonte der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat: „Anders als bisher wird diesmal mit der Aussetzung der Wehrpflicht ein historischer und gesellschaftlicher Bruch vollzogen.“<sup>1</sup> Obwohl Kujat behauptet, dass die Innere Führung und das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform dadurch nicht gefährdet seien, betont er: „Aber die Bundeswehr wird eine andere werden. Sie wird nicht mehr das ganze Spektrum der Gesellschaft repräsentieren, sondern nur einen Ausschnitt davon.“<sup>2</sup> Angesichts des mit der Bundeswehrreform angestrebten Fähigkeitsprofils der Bundeswehr, das im Rahmen der weltweiten Interventionsstrategie der NATO gleichzeitig die Durchführung von zwei großen Operationen hoher Intensität und mehreren kleineren Operationen ermöglichen soll, ist es alles andere als zufällig, wenn Kujat die Ziele dieser Bundeswehrreform in der Reihenfolge formuliert: „Die Bundeswehr soll professioneller, schlagkräftiger, moderner und attraktiver werden.“<sup>3</sup>

Bereits 2009 hatte Hans-Joachim Reeb, Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, zu dieser Problematik betont: „Grundsätzlich spiegelt der zentrale Begriff der ‚Verteidigung‘ in Art.87a GG als Definition des Auftrags der Bundeswehr die Realität nicht mehr wider. ... Nicht mehr abstrakte Abschreckungsfähigkeit, sondern die konkrete Einsatzrealität kennzeichnet die ‚neue‘ Bundeswehr.“<sup>4</sup> Und diese konkrete Einsatzrealität besteht darin, dass nicht mehr Landesverteidigung den Auftrag der Bundeswehr bildet, sondern das Führen weltweiter imperialistischer Interventionskriege.

### **Privatisierung und Professionalisierung der Kriegführung**

Die Hauptursache dafür, dass die herrschende Klasse der USA und der meisten mit den USA verbündeten hoch industrialisierten kapitalistischen Staaten die allgemeine Wehrpflicht inzwischen abgeschafft haben, ergibt sich daraus, dass die von ihnen seit dem Sieg im Kalten Krieg geplanten und geführten

---

<sup>1</sup> H. Kujat, Das Ende der Wehrpflicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2011, S. 3

<sup>2</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 5; 3.

<sup>4</sup> H.-J. Reeb, Die ‚neue‘ Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2009, S. 19; 23.

Kriege nichts mehr mit Landesverteidigung zu tun haben, sondern ausschließlich zutiefst ungerechte weltweite imperialistische Interventionskriege mit neokolonialistischer Zielsetzung sind. Dass Wehrpflichtarmeen dafür nicht taugen, hat bereits das Scheitern der einst so mächtigen Wehrpflichtarmee der USA im Krieg gegen das Volk Vietnams deutlich gemacht. Wie Herfried Münkler durchaus zutreffend einschätzt, war deshalb „die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der amerikanischen Fähigkeit zur Kriegführung“.<sup>5</sup> Das gilt nicht nur für die USA, deren Streitkräfte seit 1973 eine Berufsarmee sind. Nach Einschätzung des Historikers Eric S. Hobsbawm erleben wir heute in allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten generell „eine Rückkehr zum privaten Unternehmertum im Krieg“. Denn es gibt seit dem Ende des Kalten Krieges „die Tendenz, die allgemeine Wehrpflicht selbst in den Ländern abzuschaffen, deren Armeen bislang überwiegend aus Wehrpflichtigen bestanden. Der allgemeine Trend geht dahin, sich auf den Einsatz von hochqualifizierten Berufssoldaten zu beschränken“.<sup>6</sup>

Hinzu kommt, dass die Entwicklung der Militärtechnik Massenarmeen – und damit auch die Wehrpflicht – zur Kriegführung überflüssig macht. Wilfried v. Bredow schätzte das so ein: „Schon die nukleare Abschreckung legte den Akzent auf die technische und nicht mehr auf die personalintensive Seite des Krieges. ... Alles spricht dafür, dass die Wehrpflicht, aus der Perspektive militärischer Notwendigkeit betrachtet, heute als anachronistisch anzusehen ist, jedenfalls in Nordamerika und in Europa.“ Daraus folgerte er 2004 für die BRD: „Es wird höchste Zeit für Bundeswehr und Gesellschaft, sich auf die Zeit ohne Wehrpflicht und Zivildienst einzustellen.“<sup>7</sup>

Für den Tatbestand, dass die imperialistischen Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges ihre Kriege mit Berufsarmeen oder sogar mit privaten Söldnertruppen führen, nennt der Historiker Eric J. Hobsbawm als Hauptursache: „Es ist das Vertrauen der Bürger in den Staat so sehr gesunken, dass man nicht mehr Millionen darauf verpflichten kann, für ihr Vaterland zu sterben.“<sup>8</sup> An anderer Stelle beurteilt er diese Problematik treffend so: „Man kann zwar Bomben werfen, aber man kann nicht kämpfen. Und es kann vorkommen,

---

<sup>5</sup> H. Münkler, *Der neue Golfkrieg*. Reinbek 2003, S. 143.

<sup>6</sup> E. Hobsbawm, *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, München, Wien 2000. S. 22.

<sup>7</sup> W. v. Bredow, *Melancholischer Abschied*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17.08.2004, S. 7.

<sup>8</sup> E. Hobsbawm, *Mobile Staatsbürger*, in *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe. 08/2004, S. 4.

dass Bomben allein nicht ausreichen.“<sup>9</sup> Genau das zeigte sich zum Beispiel beim Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, den die NATO-Streitkräfte als reinen High-Tech-Luftkrieg zur Zerstörung der jugoslawischen Infrastruktur und ohne eigene personelle Verluste führen konnten, weil ihnen als *Bodentruppen* die Söldner der albanischen UCK dienten, die dafür mit einem Standard-Sold von 4.000 Dollar pro Monat bezahlt wurden.<sup>10</sup>

## Wehrpflicht-Diskussion in Deutschland

Inzwischen haben die Aggressionskriege der USA und der NATO gegen Afghanistan und den Irak deutlich gemacht, dass die überfallenen Völker durch Luftangriffe allein weder zu besiegen noch erneut zu kolonisieren sind. Dennoch halten die USA und ihre Verbündeten bisher an dieser für den heutigen kapitalistischen Imperialismus charakteristischen Strategie fest, die auf eine durch weltweite Interventionskriege zu erzwingende Weltherrschaft zielt.

Worum es dabei letztlich geht und worauf die herrschende Klasse die deutsche Bundeswehr seit langem einzustimmen versucht, hat die Zeitschrift der Bundeswehr *Truppenpraxis* bereits 1996 mit großer Offenheit so definiert: „Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts fanden zwischen wohlhabenden Staaten statt. Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt in Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.“<sup>11</sup> Reinhard Herden sieht dabei das Wesen der neuen Herausforderung für die Bundeswehr in der „Wandlung des Gegners vom Soldaten zum Krieger“. Sehr konkret knüpfte er daran die Frage: „Sind Deutschland und die Bundeswehr wirklich mit aller Konsequenz bereit, sich auf Gegner einzulassen, die nichts zu verlieren haben?“ Denn: „Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“<sup>12</sup>

Für den inzwischen auch vom deutschen Imperialismus verfolgten globalen militaristischen Interventionismus verkündete Bundesverteidigungsminister Peter Struck am 05.12.2002 die sehr bald gängig gewordene Propaganda-Formel: *Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt*. Worauf diese Rechtfertigung eines neokolonialistischen Interventionskrieges letztlich

---

<sup>9</sup> Derselbe, Das Gesicht des 21. Jahrhunderts, a. a. O., S. 68.

<sup>10</sup> Siehe P. W. Singer, Die Kriege AGs, Frankfurt a. M. 2006, S. 82.

<sup>11</sup> R. Herden, Die neue Herausforderung (1). Das Wesen künftiger Konflikte, in: *Truppenpraxis/Wehrausbildung*, Heft 02/1996, S. 70.

<sup>12</sup> Derselbe, Die neue Herausforderung (2). Die Wandlung des Gegners vom Soldaten zum Krieger, in: *Truppenpraxis/Wehrausbildung*, Heft 03/1996, S. 144.



zielt, verdeutlichte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, als es am 20.10.2006 eine Bilanz des bisherigen Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan veröffentlichte und das ganze Heft Nr. 47/2006 unter die Losung stellte: *Die Deutschen müssen das Töten lernen. Wie Afghanistan zum Ernstfall wird.*

Diese Aktion wiederum reflektierte die Tatsache, dass die Häufigkeit, mit der militär-interventionistisch orientierte deutsche Politiker die Propaganda-Formel von der *Verteidigung Deutschlands am Hindukusch* verwenden, noch nichts über deren Glaubwürdigkeit aussagt. Zu recht betonte der eher konservative deutsche Militärexperte Christoph Bertram in einem Artikel über den Auftrag der Bundeswehr zu dieser Formel: „Der Satz ist schlicht falsch. In Afghanistan geht es nicht um die Sicherheit Deutschlands.“ Und: „Nicht nur unsere Soldaten werden sich fragen, was sie eigentlich am Hindukusch zu suchen haben; auch die Bürger werden auf Dauer Operationen nicht unterstützen, die sie unter einem unglaublichen Etikett gutheißen sollen.“<sup>13</sup>

Tatsächlich geht es bei der Abschaffung der Wehrpflicht und der immer mehr auf Touren kommenden Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee darum, diese Armee zu einer jederzeit global einsetzbaren Interventionsarmee zu entwickeln. Personell zielt die Bundeswehr-Reform dabei darauf, wie Verteidigungsminister de Maizière am 27.05.2011 vor dem Bundestag erklärte, die Zahl der Soldaten von bisher 230.000 auf künftig maximal 185.000 und die Zahl der Zivilbeschäftigten von bisher 76.000 auf 55.000 zu verringern, gleichzeitig aber die Zahl der im Ausland eingesetzten Soldaten von bisher 7.000 auf künftig 10.000 zu erhöhen. Zugleich wurden, gerade im Zusammenhang mit den bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, immer mehr spezifische personelle Probleme dieser Bundeswehr im Einsatz deutlich. Das betrifft zunächst die – wie es der Hamburger Militärgeschichtler Klaus Naumann einschätzt – wachsende Tendenz der Entwicklung der Bundeswehr zu einer „Unterschichten- oder Prekariatsarmee“.<sup>14</sup>

Bereits im November 2009 veröffentlichte die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* einen größeren Artikel unter der Überschrift *Arbeitslos oder Afghanistan*. Darin wird der an der Bundeswehr-Universität München lehrende Historiker Michael Wolffsohn zweimal zitiert: einmal mit seiner grundsätzlichen Wertung „zunehmend wird die Bundeswehr eine Unterschichtenarmee“, und mit seiner Einschätzung, in den vergangenen 20 Jahren habe sich ein Prozess der *Ossifizierung* der Bundeswehr vollzogen, denn: „Ein Drittel der Armeemitglieder stammt heute aus den neuen Ländern (wo lediglich ein Fünftel der deut-

---

<sup>13</sup>Ch. Bertram, Stabilisieren, nicht kämpfen, in: *Die Zeit*, Nr. 45 vom 02.11.2006, S. 5.

<sup>14</sup>K. Naumann, Das Militär der Gesellschaft, in: *Frankfurter Rundschau* vom 07.06.2011, S. 32.

schen Gesamtbevölkerung lebt) – und ebenso überproportional ist der Anteil der Ostdeutschen an den Gefallenen der Truppe.“<sup>15</sup>

Es sei aber auch auf eine andere Tendenz der Personalentwicklung der Bundeswehr hingewiesen, die bisher für ihren relativ problemlosen Übergang zur Berufsarmee spricht. Das ist die Tatsache, dass die Bundeswehr bisher nicht den geringsten Mangel an Freiwilligen hat. Es melden sich genügend junge Männer und Frauen, die in dieser Armee dienen wollen. Das hat natürlich vor allem mit dem Geld zu tun, das man dort als professioneller Soldat erhalten kann. Dieser Sold beträgt in den ersten drei Monaten monatlich 777 Euro, ab vierten Monat klettert er auf 800, ab dem siebten Monat auf 1.003 Euro, und wer es bis zur maximalen Dienstzeit von 23 Monaten schafft, hat zum Schluss 1.146 Euro im Monat. Bei Auslandseinsätzen kommen steuerfrei zwischen 30 und 100 Euro – pro Tag! – hinzu.

Außerdem besteht – was bisher in Deutschland nicht möglich war – eine sechsmonatige Probezeit, in der sowohl der Soldat als auch die Bundeswehr das Dienstverhältnis kündigen können.<sup>16</sup> All diese Tatbestände haben dazu geführt, dass in der Bundeswehr inzwischen zunehmend intensiver über die Erfordernisse der politisch-ideologischen und psychologischen Ausrichtung der Angehörigen dieser Berufsarmee nachgedacht wird.

## **Innere Führung ringt um ein neues Leitbild**

In einer 2002 veröffentlichten Sammlung von Aufsätzen zur Inneren Führung aus dem Fachbereich Sozialwissenschaften der Führungsakademie der Bundeswehr nannte Elmar Wiesendahl – Professor in diesem Fachbereich – das Thema seines Beitrags *Neue Bundeswehr und überholte Innere Führung. Ein Anstoß zur Fortentwicklung eines abgestandenen Leitbilds*. Darin stellt er bedauernd fest: „Bezeichnenderweise gibt es keinen einzigen ausgewiesenen Lehrstuhl oder kein Institut an den beiden Universitäten der Bundeswehr, die sich schwerpunktmäßig mit Innerer Führung oder im weiteren Sinne mit militärsoziologischen Fragestellungen beschäftigen würden.“<sup>17</sup>

Wiesendahl geht von der These aus: „Innere Führung bildet die geglückte Antwort auf eine zurück liegende Aufbau- und Konsolidierungsepoche der Bundeswehr während der Nachkriegszeit, die mit der deutschen Einheit abge-

---

<sup>15</sup>T. Staud, Arbeitslos oder Afghanistan, in: Die Zeit, Nr.49 vom 26.11.2009, S. 13.

<sup>16</sup>Siehe Dresdner Wochen-Kurier, vom 24.08.2011, S. 1.

<sup>17</sup>E. Wiesendahl, Neue Bundeswehr und überholte Innere Führung. Ein Anstoß zur Fortentwicklung eines abgestandenen Leitbilds, in: W. Gerhard (Hrsg.), Innere Führung – Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bremen 2002, S. 22.

geschlossen wurde. ... Ohne das Konzept gründlich zu überprüfen und zu erneuern, erleidet es einen prekären Anschlussverlust und wird zu einem sinnentleerten Überbleibsel vergangener formativer Jahre der Bundeswehr.<sup>18</sup> Nun aber gehe es darum, die Bundeswehr „von ihrem überholten und hinfälligen Charakter als reine Landesverteidigungsarmee zu einer internationalen Kriseninterventionsarmee umzuwandeln, für die ... ‚Auslandseinsätze‘ den Normalfall bilden werden.“<sup>19</sup> Es war deshalb keineswegs zufällig, dass Wiesendahl im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Bundeswehrreform zweimal ausdrücklich an die „Renaissance des Kämpferleitbildes und Neubetonung des Soldatischen“ bzw. „Wiederbelebung des Kämpferidols“ in den frühen 1990er Jahren – speziell beim Heer – erinnerte.<sup>20</sup> „Denn Kriseninterventionsarmee und bisheriges staatsbürgerliches Wehrmotiv sind nicht mehr kompatibel.“<sup>21</sup>

Der an der Führungsakademie der Bundeswehr tätige Sozialwissenschaftler ist sich des damit verbundenen innenpolitischen Konfliktpotenzials durchaus bewusst. Er beendet seinen Beitrag mit der nüchternen Einschätzung des Verhältnisses zwischen dieser *neuen Bundeswehr* und der Mehrheit der Bundesbürger: „So steht auch zukünftig eine Bundeswehr im Krieg im Widerspruch zur tief verwurzelten friedensbewegten zivilgesellschaftlichen Logik der bundesrepublikanischen Bevölkerung.“<sup>22</sup>

Es geht letztlich um etwas, das der damalige Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalmajor Budde, bereits 2004 so charakterisiert hatte: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“ Denn: „Eine neue Zeit verlangt einen Soldatentypus sui generis: der ‚Staatsbürger in Uniform‘ ... hat ausgedient.“<sup>23</sup> Inzwischen spricht auch Verteidigungsminister de Maizière vom *demokratischen Krieger*. Dieser sei

---

<sup>18</sup>Ebenda, S. 20.

<sup>19</sup>Ebenda, S. 26.

<sup>20</sup>Siehe ebenda, S. 21; 29 f.

<sup>21</sup>Ebenda, S. 33.

<sup>22</sup>Ebenda, S. 36.

<sup>23</sup>Nach J. Rose, Hohelied auf den archaischen Kämpfer, in: Freitag, Nr. 15 vom 02.04.2004, S. 4.

gekennzeichnet durch eine „ ... klare Distanz gegenüber der Zivilgesellschaft sowie durch ein hohes Maß an Professionalität“.<sup>24</sup>

**Autor:** Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,  
Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

---

<sup>24</sup>Nach W. Koep-Kerstin, Reform und Neuausrichtung der Bundeswehr, in: MITTEILUNGEN der Humanistischen Union e. V., Nr. 213 vom 11.07.2011, S. 2.

Horst Sylla

## Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Jahrhundertreform oder Interimslösung?

### Ursachen für den militärischen Strukturwandel

Die *Jahrhundertreform* der Bundeswehr wurde bereits vor längerer Zeit angekündigt. Im Weißbuch der Bundesregierung von 2006 wurden die sicherheitspolitische Lage Deutschlands im 21. Jahrhundert dargestellt und die nationalen Interessen der BRD definiert. In diesem sicherheitspolitischen Grundlagendokument wurde zur nachhaltigen Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen die strategische Ausrichtung der Bundeswehr neu bestimmt. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sollten durch einen umfassenden militärischen Strukturwandel erreicht werden. „Ziel der Neuausrichtung ist deshalb eine einsatzbereite und leistungsfähige Bundeswehr, die der Politik ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Handlungsoptionen bietet, eine Bundeswehr, die sich durch effektive Strukturen und effektive Prozesse auszeichnet, eine Bundeswehr, die nachhaltig finanziert und ausgerüstet ist, über eine ausgewogene Personalstruktur verfügt und als Freiwilligenarmee fest in unserer Gesellschaft verankert ist.“<sup>1</sup> Alle dazu erforderlichen Entscheidungen wurden bereits 2011 getroffen. Anfang 2012 begann die größte Strukturveränderung seit Bestehen der Bundeswehr. Sie soll nach den veröffentlichten Planungen im Jahre 2017 abgeschlossen sein. Kritiker sind allerdings der Meinung, dass es bis 2020 dauern könnte.

Bekanntlich hatte die Bundeswehr in der Vergangenheit schon sechs Reformen begonnen, aber keine zum Abschluss gebracht, weil sich die Bedingungen für ihre Notwendigkeit und ihr Auftrag bereits vor dem Abschluss der Reform verändert hatten. Sowohl *in* der Zeit des Kalten Krieges als auch nach der Auflösung des Warschauer Vertrages hatten sich die internationalen Sicherheitsstrukturen, und damit die Bedingungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, wesentlich schneller verändert, bevor die angekündigten Maßnahmen zum Abschluss gebracht werden konnten. Offensichtlich brauchten die Militärs viel zu lange, oder sie waren nicht Willens, der Politik

---

<sup>1</sup> Th. de Maizière, Bundesminister der Verteidigung, Das Parlament, DEBATTENDOKUMENTATION, Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr, 240. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 16.05.2013, S. 1.

zu folgen, denn: „Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln ist unverändert unwahrscheinlich.“<sup>2</sup>

Wie die Entwicklung der Bundeswehr zeigt, verharrte sie 23 Jahre nach dem Ende des West-Ost-Konfliktes im Zeitgeist des Kalten Krieges. Das bestätigte der Bundesminister der Verteidigung in der Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag: „Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr setzen wir einen verteidigungspolitischen Schlusstrich unter den Kalten Krieg und auch seine Nachwehen.“<sup>3</sup> Letzteres bezieht sich offensichtlich auf die fehlgeschlagenen Kriegseinsätze. Die Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit bleibt deshalb ambivalent. „Bezogen auf militärische Maßnahmen im engeren Sinne muss erstens von einer umso tiefer sitzenden Skepsis gegenüber größeren und länger dauernden militärischen Operationen der Bundeswehr ausgegangen werden, je mehr solche Einsätze in entfernten Gegenden stattfinden sollen und von Experten mit schwer kalkulierbaren Rückzugsszenarien verknüpft werden.“<sup>4</sup>

Sicherheitspolitische Analysen und Prognosen sind kompliziert. Erfahrungsgemäß haben sie in der Gegenwart einen geringen Zeitwert. Der Nutzen für einen global orientierten Auftrag und eine wohldurchdachte Aufgabenstellung für die Bundeswehr bleibt deshalb gering. „Sicherheitspolitische, geopolitische und geostrategische Fragen werden selten vorausschauend behandelt. Es wird eher von Fall zu Fall reagiert.“<sup>5</sup>

Die Neuausrichtung der Bundeswehr wird erkennbar von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Deutschland wird militärisch von außen nicht bedroht, es gibt keine erkennbare Kriegsgefahr.
- Kriege zwischen Staaten mit Massenarmeen sind im europäischen Raum höchst unwahrscheinlich geworden, „weil zwischenstaatliche Kriege zu kostspielig, zu wenig aussichtsreich und zu schwer zu legitimieren geworden sind“.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> E.-Ch. Meier, A. Hannemann, R. Meyer zum Felde, Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Hamburg, Berlin, Bonn 2012, S. 592.

<sup>3</sup> Th. de Maizière ..., a. a. O.

<sup>4</sup> G. Hellmann, Reflexive Sicherheitspolitik als antihegemoniales Rezept. Deutschlands Sicherheit und seine Gewandelte Strategie, in: Politik und Zeitgeschichte, Heft 37/2013, S. 53.

<sup>5</sup> D. Farwick, Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt, Bielefeld, Garmisch-Partenkirchen 2012, S. 167.

<sup>6</sup> F. Schimmelfennig, Internationale Politik, Paderborn 2010, S. 205.

- Die aktuelle NATO-Strategie verzichtet gegenwärtig auf langfristige Stabilisierungseinsätze größeren Ausmaßes und überprüft (korrigiert) ihr Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv wegen ungeklärter Auffassungen zur Effizienz der Einsätze, modernerer Strukturen und verbesserter Einsatzmethoden. „Ein Militärbündnis, das verzweifelt nach neuen Aufträgen sucht.“<sup>7</sup>
- Die Erfolglosigkeit der bisherigen Auslandseinsätze, ob aus nationalen, humanitären oder eingebildeten Interessen, hat sich wiederholt als fragwürdiges Mittel der Politik erwiesen.
- Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise begrenzt die Haushaltsmittel und zwingt zu starken Einschnitten im Verteidigungshaushalt.<sup>8</sup>
- Die Bundeswehr ist ausbildungs- und ausrüstungsmäßig nicht auf der Höhe der Aufgaben und befindet sich in Unstimmigkeit zur Gesellschaft. „Infolge der zahllosen Fehlentscheidungen und dauerhaft ungenügenden Finanzmitteln ist eine untragbare Situation entstanden, die in krassem Gegensatz zu einer modernen Einsatzarmee steht.“<sup>9</sup>

## Kurze Vorgeschichte

Die Neuausrichtung brauchte einen langen Anlauf. Nach den bisherigen Erkenntnissen kommt sie reichlich spät und wird keinen längeren Bestand haben. Bereits 1991/92 gab es ein Konzept für den Umbau der Bundeswehr, welches aber an der Grundstruktur kaum Veränderungen bewirkte. Sowohl die Minister Rühe, Scharping als auch Struck scheiterten. Durch den Einfluss der Militärelite und der Lobbyisten der Rüstungsindustrie wurden weitreichende Reformen schlicht verhindert. Den Beweis lieferte die Kommission unter Richard von Weizsäcker. In ihrem Bericht *Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr* vom Mai 2000 stellte sie fest: „Sie ist zu groß, falsch zusammengesetzt und zunehmend unmodern.“<sup>10</sup> Der Bericht der Kommission löste einige Diskussionen aus und brachte etwas Bewegung in die Reformabsichten der Bundeswehr, jedoch keinen Paradigmenwechsel.

---

<sup>7</sup> Th. Sommer, DIESE NATO HAT AUSGEDIENT. DAS BÜNDNIS MUSS EUROPÄISCHER WERDEN“, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2012, S. 25.

<sup>8</sup> 2010 gab die BRD 1,4 Prozent des BIP für Verteidigung aus. Der Durchschnitt in der NATO liegt bei 3,3 Prozent.

<sup>9</sup> A. Wohlgethan, Schwarzbuch Bundeswehr. Überfordert, demoralisiert, im Stich gelassen, München 2011, S. 142.

<sup>10</sup> Siehe Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr (Hg.), Bericht der Kommission an die Bundesregierung, Berlin 2000, S. 13.

Bereits im Jahre 2004 wurde eine neue Organisationsstruktur eingeleitet, aber nicht abgeschlossen. Trotz verschiedener Ansätze und halbherziger Veränderungen blieb das Profil der Bundeswehr schemenhaft. Die Bundeswehr-Führung orientierte sich an der überlieferten Kriegsführung des vergangenen Jahrhunderts und verzögerte dadurch eine strategische Neuorientierung. „Denn wie bezeichnet man die Tatsache, dass die Politik nahezu fünfzehn Jahre Reformziele setzte, die wegen des spürbaren, sogar offenkundigen Widerstands etablierter Machtfaktoren im Militär nicht verwirklicht wurden und allenfalls zu einem Basteln an einem Umbau gerieten?“<sup>11</sup>

Infolge weiterer Fehlentscheidungen, ungenügender Qualifikation und unzureichender Ausrüstung ist die Bundeswehr in eine schwierige Lage geraten. Das Ergebnis stand im Widerspruch zu den Reformzielen. Die Bundeswehr wurde hinsichtlich ihrer Einsatzfähigkeiten überfordert. Kritische Stimmen meinten: „Augenscheinlich ist die Bundeswehr nicht einsatztauglich.“<sup>12</sup>

Im Weißbuch 2006 „wurden von Seiten der Bundesregierung die strategischen Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, einschließlich der ihr zugrunde liegenden Werte, Ziele und Interessen, erläutert und die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihrer Struktur und Einsatzorientierung dargestellt“.<sup>13</sup> Danach sollte die Bundeswehr in drei große Gruppierungen – Eingreifkräfte – Stabilisierungskräfte – Unterstützungskräfte gegliedert werden. Die Planer der Hardthöhe sollten die Bundeswehr in einem angekündigten Transformationsprozess effizienter organisieren. Es entstand der *Bundeswehrplan 2009*. Danach sollten im Zeitraum 2009 bis 2014 die Fähigkeitslücken, insbesondere für die Auslandseinsätze, geschlossen werden. Die der Öffentlichkeit präsentierten Denkübungen der Verantwortlichen gingen dahin, die Bundeswehr über einen längeren Zeitraum kleiner, flexibler, leistungsfähiger und kostengünstiger zu machen.

Zustandsanalysen über die bis dahin unzureichende Ausrichtung der Bundeswehr veranlassten die Bundesregierung im Juni 2010 zu reagieren. Der Verteidigungsminister zu Guttenberg wurde beauftragt, gemeinsam mit einer Strukturkommission zu ermitteln, wie die Bundeswehr einsatzorientiert umstrukturiert werden kann. Im Ergebnis entstanden Vorschläge für eine neue Organisationsstruktur der Bundeswehr.

---

<sup>11</sup>D. Bald, *Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte. 1955-2005*, München 2005, S. 183.

<sup>12</sup>A. Wohlgethan, *Schwarzbuch Bundeswehr*, a. a. O., S. 222.

<sup>13</sup>E.-Ch. Meier, A. Hannemann, R. Meyer zum Felde, *Wörterbuch zur Sicherheitspolitik*, a. a. O., S. 549.



Der Übergang zu einer einsatztauglichen Berufsarmee, die Aussetzung der Wehrpflicht, die Neustrukturierung der Führung und die beabsichtigten Kosteneinsparungen von 8,3 Mrd. Euro standen im Blickfeld der Empfehlungen. Darüber wurden zunächst einige Angaben veröffentlicht, die hauptsächlich den Personalumfang, die Ausrüstung und die weitere Finanzierung betrafen. Danach sollten das Personal um 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten reduziert, 31 Standorte geschlossen, 90 reduziert und die vertraglichen Beschaffungsmaßnahmen überprüft werden. In diesem Zusammenhang wurde die vorherige Kategorisierung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte aufgegeben. Die Wehrpflicht ist inzwischen ausgesetzt. Dadurch ergeben sich zwei Probleme. Erstens verringert sich das Reservistenpotenzial und beeinflusst die Mobilmachungsmöglichkeiten, wodurch eine Steigerung der Durchhaltefähigkeit kaum möglich sein wird. Zweitens wird die Verbindung von Bundeswehr und Gesellschaft weiter abnehmen und ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit verringern.

Der Auftrag der Bundeswehr soll neu definiert werden. Wie sich das Machtgerangel im 21. Jahrhundert weiterentwickelt und welche militärischen Bedrohungen möglich wären, können die Strategen nicht vorausbestimmen, denn geopolitische Beurteilungen sind nach dem Kalten Krieg, wie bereits angedeutet, keine Konstante. Welche externen Bedrohungen sich entwickeln und wer danach strebt, seine Interessen gewaltsam durchzusetzen, bleibt offen. Bisher wird noch davon ausgegangen, dass die Landes- und Bündnisverteidigung die vorrangige Aufgabe bleibt, aber ein Einsatz im Rahmen der Krisen- und Konfliktbewältigung ist wahrscheinlicher. Das reicht für eine Begründung der Neuausrichtung nicht aus, wenn die so genannten Bedrohungen und Szenarien unbekannt sind und bleiben.

Es fehlen klare Aufschlüsse über das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands sowie die unterschiedlichen nationalen Wahrnehmungen und Interessen der Verbündeten. Alle suchen ständig nach dem äußeren Feind. Während Frankreich und Spanien ihre geostrategische Ausrichtung auf Nordafrika richten, sehen Polen und die Baltischen Staaten ihre Schwerpunktbildung im Osten Europas. Hinzu kommt die stärkere Hinwendung der USA nach Asien. Eine klare Aussage der BRD ist bisher ausgeblieben. „Die meisten Staaten haben – im Gegensatz zu Deutschland – keine Probleme, ihre vitalen Interessen offen zu benennen und ihre Politik mit diesen zu begründen und zu rechtfertigen.“<sup>14</sup>

Nur ein ambitionierter Auftrag kann die Neuausrichtung und die Modernisierung der Bundeswehr begründen. Wenn die immer wieder betonten neuen

---

<sup>14</sup>D. Farwick, Wege ins Abseits ..., a. a. O., S. 28.

Herausforderungen und Faktoren nicht konkret analysiert werden, lässt sich der Auftrag der Bundeswehr für das Jahrhundert nur sehr unschlüssig bestimmen, oder es entsteht eine Bundeswehr mit mäßigem Fähigkeitsspektrum. „Neben einer schriftlich formulierten Gesamtstrategie fehlen auch alle nachfolgenden Teilstrategien und Konzeptionen.“<sup>15</sup> Ohne eindeutigen Auftrag bleiben Organisationsstruktur, Ausrüstung, Stationierung und Finanzierung fragil. Eine anhaltende Reformierung dürfte deshalb nicht auszuschließen sein.

Von der Politik fehlt für eine längere historische Perspektive eine begründete geostrategische Bedrohungskonstellation. Unzureichend ist die Aussage des Ministers der Verteidigung: „Die Bundeswehr muss neben bekannten auch für neue Aufgaben vorbereitet sein, ohne sie schon genau zu kennen.“<sup>16</sup> Für die Bundesbürger ist es unmöglich zu beurteilen, wie durch die Neuausrichtung ihre Sicherheit gewährleistet ist und wozu Deutschland Streitkräfte mit weltweiter Einsatzfähigkeit benötigt.

## **Eingeleitete Maßnahmen und erreichter Stand der Neuausrichtung**

Die vor zweieinhalb Jahren eingeleiteten Maßnahmen und getroffenen Entscheidungen des Ministers zu Guttenberg hat der Bundesminister der Verteidigung de Maizière korrigiert und für die Neuausrichtung der Bundeswehr geänderte Festlegungen getroffen.

Nach seiner Amtsübernahme und Überprüfung der bis dahin realisierten Maßnahmen zur Neuausrichtung der Bundeswehr gab der Minister am 18.05.2011 verbindliche Kennziffern bekannt. Die Bundeswehr soll demnach 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten haben. Dazu ist eine Reduzierung von bisher 56.000 auf 45.000 Berufssoldaten vorgesehen, der Anteil von Zeitsoldaten soll aber auf ca. zwei Drittel vergrößert werden. Ergänzend sind 5.000 bis 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende vorgesehen. Vom Gesamtbestand sollen gleichzeitig 10.000 Soldaten bzw. Soldatinnen für den Auslandseinsatz zur Verfügung stehen. Das Ministerium der Verteidigung wird von ca. 3.500 auf 2.000 Soldaten, Beamte und Angestellte reduziert – eine Scheinmaßnahme, weil sich durch die Ausgliederung der Führungsstäbe der Teilstreitkräfte diese Reduzierung ergibt. Darüber hinaus wurden Zivilbeschäftigte in das Innen- und Finanzministerium eingegliedert, die dort Verwaltungsaufgaben für die Bundeswehr erfüllen sollen.

---

<sup>15</sup>Ebenda, S. 306.

<sup>16</sup>Th. de Maizière ..., a. a. O.

Auf dieser Grundlage bearbeitete der *Arbeitsstab Strukturreform* 11 Einzelprojekte, in deren Ergebnis im September 2011 folgende Daten der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden:

- Das Heer wird künftig 57.570, die Luftwaffe 22.550, die Marine 13.050, die Streitkräftebasis 36.750 und der Sanitätsdienst 14.620 Soldaten bzw. Soldatinnen umfassen.
- 30.460 Soldaten bzw. Soldatinnen bleiben in der planmäßigen Ausbildung und stehen für Einsätze nicht zur Verfügung.
- Von 202 Generals- und Admiralsdienstposten bleiben 180.
- Die zivile Personalstärke soll auf 55.000 reduziert werden.

Im Oktober 2011 erfolgten die Festlegung der Grobstruktur der Bundeswehr sowie deren materielle Ausstattung. In diesem Zusammenhang wurde das neue Stationierungskonzept bekannt gegeben. Weitere Schritte waren die Feinplanung der Strukturen des Ministeriums und der Teilstreitkräfte. Insgesamt sind von diesen Maßnahmen über 75 Prozent der Strukturelemente der Bundeswehr betroffen.

Am 21.05.2012 setzte der Verteidigungsminister de Maizière den *Erlass über die Grundsätze für die Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und die Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und in der Bundeswehr* in Kraft (Dresdner Erlass).<sup>17</sup> Mit der eingeleiteten Neuausrichtung der Bundeswehr wurde begonnen, Kommandostrukturen und militärische Formationen aufzubauen, die flexibel außerhalb der BRD eingesetzt werden können.

Am 01.05.2012 begann die Realisierung der Neuausrichtung. Danach hat sich die Spitzengliederung im Bundesministerium der Verteidigung verändert. Die oberste Kommandobehörde besteht jetzt aus neun Abteilungen, die von Staatssekretären geleitet werden. Die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte wurden ausgegliedert und dem Generalinspekteur direkt unterstellt.

Das Ministerium der Verteidigung (Oberste Kommandobehörde) ist wie folgt strukturiert:

- Der Minister der Verteidigung ist höchster Vorgesetzter aller Soldaten, Beamten und Arbeitnehmer der Bundeswehr und Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt.
- Zwei Parlamentarische Staatssekretäre unterstützen den Minister bei der politischen Arbeit im Bundestag (Verteidigungs- und Haushaltsausschuss) und im Bundesrat.

---

<sup>17</sup>Das Dokument wird, wie die Vorgängerdokumente *Blankeneser Erlass* (1970) und *Berliner Erlass* (2005), nach dem Ort der Bekanntgabe *Dresdner Erlass* genannt.

- Ein Staatssekretär leitet die Abteilungen Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung, Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen sowie Personal.
- Ein Staatssekretär leitet die Abteilungen Politik, Haushalt und Controlling sowie Recht. Ihm unterstellt ist der Generalinspekteur, der die Abteilungen Planung, Führung Streitkräfte sowie Strategie und Einsatz führt. Er ist ebenso truppendienstlicher Vorgesetzter der Inspektoren von Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Zentralem Sanitätsdienst. Letztere führen ihre Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche außerhalb des Ministeriums.

Übereinstimmend mit der Realisierungsplanung soll nun, von oben nach unten, die Einnahme der Zielstruktur bis zur Bataillonsebene, zu den wehrtechnischen Dienststellen, Beratungsbüros und zum Karrierecenter, anstelle der Kreiswehrrersatzämter, erfolgen. Das sind ca. 4.800 Bereiche. Nach dem vorgelegten Zeitplan vom 12.06.2011 und dem Stationierungskonzept sollen die höheren Kommando- und Bundesbehörden sowie die obersten Truppenführungsstäbe wie folgt einsatzbereit sein:

- II/2013 Planungsamt (Berlin);
- II/2013 Einsatzführungskommando Bundeswehr (Geltow);
- III/2013 Kommando Strategische Aufklärung (Grafschaft);
- III/2013 Kommando Sanitätseinsatzunterstützung (Weißenfels);
- III/2013 Kommando Regionale Sanitätsunterstützung (Diez);
- IV/2013 Bundesamt Infrastr./Umweltsch./Dienstleist. Bw (Bonn);
- IV/2013 Amt für Heeresentwicklung (Köln);
- IV/2013 Kommando Einsatzverbände Luftwaffe (Köln);
- IV/2013 Kommando Unterstützungsverbände (Köln);
- IV/2013 Ausbildungskommando Heer (Leipzig);
- I/2014 Kommando Heer (Strausberg);
- I/2014 Kommando Streitkräftebasis (Bonn);
- II/2014 Kommando Territoriale Aufgaben (Berlin);
- II/2014 Einsatzflottille 2 (Wilhelmshaven);
- III/2014 Division Schnelle Kräfte (Stadthallendorf);
- III/2014 Kommando Sanitätsdienst Bundeswehr (Koblenz);
- I/2015 10. Panzerdivision (Veitshöchheim);
- III/2015 Einsatzflottille 1 (Kiel);
- I/2016 1. Panzerdivision (Oldenburg);
- I/2016 Marinearsenal (Wilhelmshaven);
- I/2016 Verpflegungsamt (Oldenburg);

- I/2016 Bildungszentrum Bundeswehr (Mannheim);
- I/2016 Wehrtechnische Dienststelle 41 (Trier);
- I/2016 Wehrtechnische Dienststelle 51 (Trier);
- I/2016 Zentrum für Brandschutz (Sonthofen);
- I/2017 Logistikkommando Bundeswehr (Erfurt);
- 2017 Bundesamt Personalmanagement Bundeswehr (Köln);
- 2017 Bundesamt für Ausrüstung/IT/Nutzung (Lahnstein);
- 2017 Führungsunterstützungskommando Bundeswehr (Bonn);
- 2017 Kommando Luftwaffe (Berlin);
- 2017 Zentrum Luftoperationen (Kalkar);
- 2017/ff Marinekommando (Rostock).
- 2017/ff Marineunterstützungskommando (Wilhelmshaven);

Wie aus den letzten beiden Angaben hervorgeht, wird wahrscheinlich die Zielstruktur später erreicht.

Die Zielstruktur, das Stationierungskonzept, die Infrastrukturmaßnahmen und die erforderlichen Neubeschaffungen (IT-Ausstattung) haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Bundesländer. Allein durch die Reduzierung der Dienstposten und die Standortschließungen kommt es zu einer Ungleichverteilung in der Fläche. Danach sollen in Schleswig-Holstein 15.300; Hamburg 2.400; Bremen 700; Mecklenburg-Vorpommern 10.600; Niedersachsen 40.800; Brandenburg 7.400; Berlin 5.000; Nordrhein-Westfalen 26.800; Sachsen-Anhalt 4.400; Hessen 5.400; Thüringen 6.300; Sachsen 3.600; im Saarland 1.400; in Rheinland-Pfalz 20.600; Baden-Württemberg 15.800 und Bayern 31.000 Bundeswehrangehörige stationiert werden.<sup>18</sup> Offensichtlich hatten politische und wirtschaftliche Interessen mehr Einfluss als militärische Faktoren.

Bereits im Jahr 2012 wurden die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte aus dem Ministerium ausgegliedert und haben mit ihrer Neustrukturierung an den neuen Standorten begonnen.

Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, zuständig für die nationale Planung der Auslandseinsätze, Führung und Auswertung, untersteht direkt dem Generalinspekteur.

Das **Heer** besteht danach aus

- dem Kommando Heer (600 Dienstposten);

---

<sup>18</sup>Siehe Der neue Fischer Weltalmanach 2013, Frankfurt a. M. 2012, S. 141.

- zwei Panzerdivisionen mit je drei Brigaden, Panzerhaubitzbataillonen und Kampfunterstützungstruppen, wobei die Einsatzbrigaden in unterschiedlichem Bestand Jäger-, Gebirgsjäger-, Fallschirmjäger- Panzergrenadier-, Panzerbataillone und je ein Aufklärungs-, Pionier- und Versorgungsbataillon haben sollen;
- der Division Schnelle Kräfte, die aus der Luftlandebrigade 1 mit zwei Fallschirmjägerregimentern, dem Kommando Spezialkräfte, einem Kampfhubschrauberregiment (Tiger) sowie zwei Transporthubschrauberregimentern (NH-90) bestehen soll;
- der Deutsch-Französischen Brigade;
- den deutschen Kräften bei multinationalen Stäben;
- dem Amt für Heeresentwicklung und
- dem Ausbildungskommando.

Als Hauptbewaffnung sind 225 Panzer, 81 Panzerhaubitzen und 40 Kampfhubschrauber Tiger vorgesehen.

Laut Pressebericht wurde am 01.04.2013 die 13. Panzergrenadierdivision (12.500 Mann) abgewickelt. Die Olbricht-Kaserne (Leipzig) hat ab Jahresmitte anstelle des Stabes der Division (750 Dienstposten) den Stab des zentralen Ausbildungskommandos (etwa 400 Dienstposten) aufgenommen.

Die **Luftwaffe** gliedert sich in

- das Kommando Luftwaffe mit den Bereichen
- Zentrum Luftoperationen;
- Einsatzverbände Luftwaffe und
- Unterstützungsverbände Luftwaffe.

Die Anzahl der Kampfflugzeuge *Eurofighter* und der Transportflugzeuge *Airbus 400M* ist noch nicht bekannt. Die geplanten Beschaffungen sollen erheblich reduziert werden. Eine Entscheidung über die Beschaffung von Kampfdrohnen wurde intern diskutiert. Vor allem die Rüstungslobby weist auf diese Fähigkeitslücke in der reformierten Bundeswehr hin. Die Entscheidung über die Beschaffung von Kampfdrohnen sollte im Frühjahr 2013 fallen. Sie ist derzeit nicht relevant, weil die Beschaffung der Aufklärungsdrohne *Euro Hawk* zunächst gescheitert ist. Ihre Beschaffung bleibt umstritten, zumal sich die Beschaffung als zu teuer und zu aufwendig erwiesen hat.

Die **Marine** besteht aus

- dem Marinekommando (880 Soldaten, 170 Zivilangestellte);
- zwei Einsatzflottillen;
- einem Marinefliegergeschwader;

- dem Marineunterstützungskommando und
- den Marineschulen.

Hauptbewaffnung sind 55 Schiffe und Boote, darunter 11 Fregatten, 5 Korvetten, 6 U-Boote sowie 40 Luftfahrzeuge. Am 08.10.12 wurde das neue Marinefliegerkommando in Nordholz in Dienst gestellt. Dazu gehören die Marinefliegergeschwader 3 und 5 mit 43 Hubschraubern sowie 2.500 Dienstposten. Die Marineschutzkräfte werden bis 2014 zu einem Seebataillon mit nachstehender Struktur formiert:

- Stabs- und Versorgungseinheit;
- 3 Kompanien mit je 4 Zügen und
- einem Feldnachrichtenzug.

Insgesamt sind 750 Dienstposten geplant.

Die **Streitkräftebasis** gliedert sich in die Einsatzkräfte mit

- dem Kommando Strategische Aufklärung;
- dem Führungsunterstützungskommando;
- dem Logistikkommando der Bundeswehr und
- der Territorialen Führungsorganisation mit dem Kommando Territoriale Aufgaben.

Das **Sanitätskommando** der Bundeswehr besteht aus

- dem Kommando regionale Sanitätsunterstützung;
- dem Kommando Sanitätseinsatzunterstützung;
- der Sanitätsakademie der Bundeswehr und
- den Bundeswehrkrankenhäusern

Im Zuge der Reformierung werden die territorialen Sanitätseinrichtungen so reduziert, dass in kleineren Standorten zivile Einrichtungen in Anspruch genommen werden müssen.

Dem **Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr** (Rheinbach) ist das Cyber-Abwehrzentrum mit seiner Spionagefunktion zugeordnet. Des Weiteren soll es Abwehrstrategien gegen Cyberangriffe (Krisen-Reaktions-Team) im Zusammenwirken mit anderen Bundesbehörden erarbeiten und Computernetzwerkoperationen durchführen. Einzelheiten über ihre Zusammensetzung und ihre Arbeit sind streng geheim. Bisher sind keine Richtlinien und Regeln für militärisches Handeln in der IT-Welt bekannt.

Eine Besonderheit ist die Aufstellung von 27 **Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften**. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Bewachung und

Sicherung militärischer Objekte (Heimatschutz) sowie in der territorialen Katastrophenhilfe. Hier sollen sich vor allem Reservisten freiwillig engagieren.

Entsprechend der NATO-Studie *Urbane Operationen im Jahr 2020* wird die *Übungsstadt* in der Letzlinger Heide trotz aller Proteste weiter ausgebaut. Sie soll 2016 für den Stadtkampf nutzbar sein. Die Kosten betragen etwa 100 Mio. Euro.

Die angekündigten Sparvorgaben bei der Bundeswehrreform können – zumindest zeitlich – nicht erreicht werden. Die Gratwanderung zwischen verteidigungspolitischer Notwendigkeit, den Forderungen der Rüstungslobby und der Haushaltslage geht weiter. Obwohl auf allen Gebieten sehr weitgehende Reduzierungen vorgesehen sind, sollen die Verteidigungsausgaben im Jahre 2013 auf 33,28 Mrd. Euro steigen. Die Personalkosten erhöhen sich und betragen bereits 15,77 Mrd. Euro. Für die Verwaltungsausgaben werden 5,91 Mrd. Euro notwendig. Dadurch stehen für die Ausbildung, für die Beschaffung von Ausrüstung und für die Materialerhaltung nur noch ein Drittel der Haushaltsmittel zur Verfügung.

Angesichts der aufgetretenen Probleme und der lauthals geübten Kritiken erklärte der Minister de Maizièrè im Deutschen Bundestag: „Auch wir werden im Laufe des nächsten Jahres die Neuausrichtung evaluieren und an dem einen oder anderen Punkt möglicherweise nachsteuern.“<sup>19</sup>

## Wie wird die Neuausrichtung bewertet?

Öffentlichkeit, und selbst das Militär, vermissen immer noch ein klar vorgezeichnetes Ziel der Reform. Sie fragen sich: Eine Neuausrichtung wofür, wenn das militärische Potenzial im weltweiten Machtgerangel an Bedeutung verloren hat? „Es mangelt an der strategischen Klärung zwischen Bundeswehr und Politik, Parlament und Parteien über den Stellenwert des militärischen Machtmittels.“<sup>20</sup>

Mit der Neuausrichtung verringern sich die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr erheblich. Sie kann in dieser Verfassung den angenommenen Bedrohungen und Herausforderungen wenig entgegensetzen. Der Strukturbau ist in wesentlichen Teilen unschlüssig. Als Berufarmee kann sie bei entsprechender Notwendigkeit einen ausreichenden Aufwuchs (Durchhaltefähigkeit) nicht abdecken.

---

<sup>19</sup>Th. de Maizièrè ..., a. a. O., S. 2.

<sup>20</sup>D. Bald, Die Bundeswehr ..., a. a. O., S. 183.



Militärexperten der NATO sind der Auffassung, dass Deutschland künftig unfähig sein wird, seine Verpflichtungen bei der Bündnis- und Landesverteidigung zu erfüllen. Eine verbesserte Interventionsfähigkeit der Bundeswehr für zwei landgestützte und einen maritimen Auslandseinsatz scheint unreal. Solche Einsätze „... dauern allemal länger; sie werden kostspieliger und verlustreicher als ursprünglich gedacht; und sie gehen nie so aus, wie die politischen und militärischen Planer dies in ihrer professionellen Einfalt vorausgesetzt hatten“.<sup>21</sup>

Die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr soll von ihren Einsätzen her abgeleitet worden sein. Es ist aber nicht deutlich, welche sicherheitspolitische Strategie dem zugrunde liegt, denn eine existenzielle Bedrohung für Deutschland ist, wie die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung nachweisen, nicht festzustellen. Ein weltweiter Einsatz der Bundeswehr, wie alle bisherigen Einsätze beweisen, wäre wiederum erfolglos, weil das Fähigkeitsspektrum nach dieser Neuausrichtung niedrig bleibt. Alles, was gegenwärtig an globalen Bedrohungen und Herausforderungen von Politik und Medien verbreitet wird, kann die Bundeswehr – auch im NATO-Verbund – mit dem angestrebten Fähigkeitsspektrum niemals abdecken.

Eine sachliche Analyse kommt nicht umhin festzustellen, dass die Bundeswehr nach der Neuausrichtung nicht leistungsfähiger wird. Sie ist für organisierte Kampfhandlungen nur territorial begrenzt einsetzbar. Das Heer besitzt den Kampfwert eines Korps. NATO-Partner kritisieren besonders die Verringerung der Panzer- und Artillerieverbände sowie der Anzahl der Hubschrauber und der Marine.

Bereits jetzt fordern die parlamentarische Opposition und der Deutsche Bundeswehrverband Korrekturen bei der Bundeswehrreform. Nach ihrer Einschätzung werden die beabsichtigten Ziele durch die Neuausrichtung nicht erreicht. Nach einem Bericht der Zeitschrift *loyal* hat sich gezeigt, dass es bei der Neuausrichtung eine Menge Schwierigkeiten gibt: „Ein deutscher General (möchte anonym bleiben) im Hauptquartier der NATO erklärt, dass sich die Partner nicht für die Bundeswehrreform interessieren, sondern nur für die deutschen Fähigkeiten, über die die Allianz verfügen kann.“ Die aus dem Ministerium ausgelagerten Führungsstäbe von Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst werden „frühestens in einem Jahr voll arbeitsfähig sein.“ „Mit der massiven Reduzierung der Hubschrauberzahl in allen Teilstreitkräften wird die Mehrzahl der Piloten und Bordmechaniker überflüssig.“ „Die Bundeswehr wird von oben nach unten umgebaut: erst das Minis-

---

<sup>21</sup>Th. Sommer ..., a. a. O., S. 29.

terium und die oberen Kommandobehörden, dann die Divisionen, Brigaden und Bataillone. Viele Soldaten in den Einheiten werden nicht vor 2014 oder 2015 erfahren, wie es für sie persönlich weitergeht.“ Die Sozialdemokraten wollen „zwölf maßgebliche Aspekte der Reform“ ändern. „Über die Einheiten des Streitkräfteumbaus gibt es keinen politischen Konsens. Nicht auszuschließen, dass es schon bald weitere politisch gewollte Änderungen gibt.“ „Die Marine verfügt zwar über moderne Schiffe und Boote, aber nicht über genügend Besatzungen. Seit dem Ende der Wehrpflicht fehlen in erster Linie die Mannschaftsdienstgrade.“ Spürbare Veränderungen der Neustrukturierung „wird es in den Teilstreitkräften und Organisationsbereichen größtenteils erst in den Jahren 2014 und 2015 geben.“ Die Sollstärke der Truppe wird um 30 bis 40 Prozent unterschritten. Die Bundeswehr soll aber „besonders gut“ auf Einsätze in aller Welt vorbereitet sein. „Das Geld reicht hinten und vorne nicht, weil die Bundeswehr in zu großen Schuhen steht.“ Von den 2.500 Studenten der Führungsakademie in Hamburg „können nur 13 % dem Umbau überhaupt etwas Positives abgewinnen.“ In allen Bereichen der Truppe gibt es große Zweifel, dass „etwas sinnvolles Neues“ entstehe. „Ende 2014 soll es eine ministerielle Revision des Umbaus geben.“<sup>22</sup>

Es wird sogar befürchtet, dass die geplanten Einsparungen die Existenz der Bundeswehr gefährden. „Die deutschen Streitkräfte werden aus finanziellen Gründen einer Rosskur unterzogen, an deren Ende ihre Durchhaltefähigkeit in Auslandseinsätzen personell und materiell stark reduziert wird und deutsche Verpflichtungen gegenüber der NATO und der EU wahrscheinlich nicht mehr nachhaltig eingehalten werden können. ... Die nächste ‚Jahrhundertreform‘ wird nach den nächsten Bundestagswahlen folgen.“<sup>23</sup> Und der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion sagte in der Debatte über die Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr: „Die Reform ist auch sicherheitspolitisch überhaupt nicht begründet, sondern nur fiskalisch.“<sup>24</sup>

In diesem Zusammenhang sind viele Soldaten um ihre Zukunft besorgt. In seinem Jahresbericht kritisiert der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus die Umsetzung der Neuausrichtung. Danach weist er auf einige Fähigkeitslücken der Truppe hin. In seinem Bericht macht er „auf die schlechte Stimmung bei Soldaten und ihren Angehörigen, die die Reform der Bundeswehr und vor allem ihre Umsetzung ausgelöst habe“, aufmerksam. „Die Soldaten vermissen ein klar umrissenes Ziel der Reform, mahnte Königshaus eindringlich.“ In

---

<sup>22</sup>loyal, Heft 12/2012, S. 6-18.

<sup>23</sup>D. Farwick, Wege ins Abseits ..., a. a. O., S. 146.

<sup>24</sup>R. Arnold, Das Parlament ..., a. a. O., S. 3

diesem Jahresbericht bringt der Wehrbeauftragte des Bundestages u. a. zum Ausdruck:

- Die Bundeswehrreform hat die Soldaten tief verunsichert;
- die Bundeswehr ist durch die Auslandseinsätze und die weitreichenden Umstrukturierungen überlastet;
- die Grenze der Belastbarkeit als Bundeswehr im Einsatz ist erreicht;
- es gibt gravierende Mängel bei der Führung der Truppe und eine
- miese Stimmung in der Truppe durch Ungewissheit über die berufliche Perspektive der Soldaten und die Standortschließungen.<sup>25</sup>

Die Neuausrichtung der Bundeswehr sollte so erfolgen, dass sie in der Lage ist, bei aufkommenden militärischen Bedrohungen das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland vor Aggressionen zu schützen. Das ist nach den derzeitigen Reformplänen nicht möglich. In einem Artikel von Erhard Crome über Außenpolitik des Friedens schreibt er: „Die Transformation der Bundeswehr zu einer *Armee im Einsatz* sollte ersetzt werden durch eine Transformation, die der Idee strategischer Suffizienz (vernünftiger Hinlänglichkeit) der Verteidigung folgt und durch strukturelle Angriffsunfähigkeit gekennzeichnet ist; zuerst sollten die global einsetzbaren Einheiten abgebaut, aufgelöst und abgerüstet werden, um die Bundeswehr auf ihre grundsätzliche Funktion der Territorial-Verteidigung zurückzuführen.“<sup>26</sup>

So ist der Neuausrichtung kein Bestand beschieden. „Es ist einfach Fakt, dass 90 Prozent der in einer Umfrage des Bundeswehrverbandes befragten Soldaten gesagt haben, sie seien der Auffassung, diese Reform habe keine Zukunft.“<sup>27</sup> Die nächste Reform ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit aus den unvorhersehbaren Machtverschiebungen im 21. Jahrhundert.

**Autor:** Horst Sylla.,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.

---

<sup>25</sup>Siehe Das Parlament, Nr. 40 vom 01.10.2012.

<sup>26</sup>Siehe Neues Deutschland vom 19./20.01.2013.

<sup>27</sup>R. Arnold, Das Parlament, a. a. O.

# **Positionspapier des Arbeitskreises *Darmstädter Signal* (Ak DS) zur Bundeswehrreform der Regierung Merkel**

**(September 2012 )**

## **Anliegen des Positionspapiers**

Das nachfolgende Positionspapier dient in erster Linie dem Selbstverständnis der Mitglieder des Arbeitskreises auf der Basis ihrer festumrissenen und langbewährten Positionen. Es bildet gleichzeitig die Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitskreises zu der von der Regierung Merkel forcierten Neuausrichtung der Bundeswehr. Insofern gibt das Positionspapier eine Orientierung für ausführlichere Stellungnahmen zu Detailfragen.

## **Bewertung der Bundeswehrreform aus der Sicht des Ak DS**

**Die geplante Neuausrichtung besiegelt den Paradigmenwechsel in Auftrag und Struktur der Bundeswehr seit Ende des Ost-West-Konflikts.**

Sie markiert den Abschluss des Wandels von einer Verteidigungsarmee auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu global einsetzbaren Interventionsstreitkräften aus Freiwilligen und Berufssoldaten.

Dieser Wandel vollzog sich mit der Osterweiterung der NATO und der Orientierung der Allianz auf Kampf- und Stabilisierungseinsätze außerhalb des Bündnisgebietes (*Out of Area*) in mehreren Etappen. Wichtigster Einschnitt war dabei die Beteiligung der Bundeswehr an den völkerrechtswidrigen Luftangriffen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien unter dem Vorwand einer so genannten humanitären Intervention im Jahre 1999.

In den Jahren seit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich die Rahmenbedingungen für die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und damit auch für die Bundeswehr grundlegend geändert.

- Deutschland ist mit seiner geografischen Lage in Zentraleuropa nur von Verbündeten umgeben. Eine militärische Bedrohung für Deutschland und die uns umgebenden Staaten ist langfristig nicht erkennbar.
- Das internationale Kräfteverhältnis hat sich grundlegend verändert. Die USA sind aus verschiedenen Gründen dabei, ihre Rolle als Welthegeemon zu verlieren. Neue globale Akteure wie China, Indien, Russland und Brasilien haben an Einfluss gewonnen. Sie sind strategische Partner der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Von ihnen geht auf absehbare

Zeit keinerlei militärische Bedrohung für Deutschland und seine Verbündeten aus.

- Die in der NATO verbündeten Industrieländer sind durch eine lang anhaltende Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise geschwächt. Damit hat sich zugleich der finanzielle Spielraum aller NATO-Staaten zur Entwicklung ihrer Streitkräfte und für deren Einsatz in Interventionskriegen verengt.
- Gleichzeitig wurde die Anwendung militärischer Gewalt durch die Kriege im Irak, in Afghanistan und in Libyen in der Öffentlichkeit delegitimiert. In den meisten Ländern der EU und der NATO wird eine militärisch instrumentierte Außen- und Sicherheitspolitik durch große Bevölkerungsmehrheiten abgelehnt.

Damit stehen alle NATO-Länder unter dem Druck, ihre Sicherheitspolitik und ihre Streitkräfte den veränderten inneren und äußeren Bedingungen anzupassen. Die grundlegenden Orientierungen für die Neuausrichtung der Bundeswehr sind im Weißbuch der Bundeswehr (2006), in den Empfehlungen der Wehrstrukturkommission (2010), in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (2011) und den Reden des Ministers der Verteidigung (März, Juni und August 2012) enthalten. Mit diesen Grundsatzdokumenten haben Bundeswehrführung und Ministerium die Neuausrichtung der Bundeswehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit selbst konzipiert.

### **Der Arbeitskreis Darmstädter Signal sieht mit der in diesen Dokumenten konzeptionell niedergelegten Neuausrichtung der Bundeswehr gefährliche Fehlentwicklungen für Armee und Gesellschaft:**

- **Der Verteidigungsauftrag wird zu einer leeren Floskel.**

In den Mittelpunkt der Neuausrichtung rückt mehr und mehr die Befähigung zur Führung von Interventionskriegen geringer Intensität. Diesem Ziel werden Auftrag, Struktur, Bewaffnung, Ausbildung und Personalentwicklung untergeordnet.

Die Bundesregierung setzt dabei vor allem auf die Fähigkeit zur Anti-Guerilla-Kriegführung (Counter Insurgency/COIN) mit geringem eigenem Personalrisiko bei hoher Effektivität der Bekämpfung von Punktzielen.

Für die Bundeswehr gilt die Orientierung, bei einer Gesamtstärke von ca. 180.000 Soldaten ständig 10.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte für internationale Kampfeinsätze bereit zu halten, die in kürzester Zeit global einsetzbar sein sollen.

- **Der Bündnischarakter der europäischen Streitkräfte wird immer mehr zum Vorwand für eine Teilnahme der Bundeswehr an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen genommen.**

Mit dem Argument angeblicher Bündnisverpflichtungen erfolgt faktisch eine Unterordnung unter die politische und militärische Strategie der NATO sowie eine Verkoppelung mit den geostrategischen und geökonomischen Interessen der Bündnisvormacht USA.

Der Auftrag der Bundeswehr wird damit immer weniger wertorientiert, sondern vorwiegend interessendominiert.

Unverhohlen werden die Sicherung von internationalen Transport- und Versorgungswegen sowie der Zugang zu Rohstoffressourcen und Absatzmärkten als vorrangige Bündnisinteressen in den Vordergrund gestellt. Das entspricht einer Fortsetzung der im 19. Jahrhundert begonnenen imperialen und kolonialen Politik.

- **Da die bestehende nationale und internationale Rechtsordnung dieser Entwicklung entgegenstehen, werden das Grundgesetz der Bundesrepublik und das in der UN-Charta kodifizierte Völkerrecht ausgehöhlt.**

Das Friedensgebot des Grundgesetzes wird ignoriert und umgedeutet.

Das Nichteinmischungsgebot der UN-Charta wird systematisch aufgebrochen. Insbesondere die führenden NATO-Staaten sind bestrebt, in potenziellen Zielländern Menschenrechtsverletzungen zu provozieren und zu instrumentalisieren und die so genannte Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*) der Vereinten Nationen zum Völkergewohnheitsrecht für interessendominierte Interventionseinsätze zu machen.

- **Gleichzeitig wird die verfassungsrechtlich zwingend gebotene Kontrolle bewaffneter Einsätze der Bundeswehr durch den Deutschen Bundestag als dem höchsten demokratischen Organ des deutschen Volkes unterlaufen.**

Mit vorgeblichen Bündniszwängen erhalten supranationale Institutionen wie die NATO oder die Europäische Union die Priorität bei Entscheidungen über die Beteiligung der Bundeswehr an Interventionseinsätzen.

Mit unterschiedlichen Versuchen, wie zum Beispiel Vorratsbeschlüssen für Bundeswehreinsetze, wird versucht, die ohnehin sehr schwache Parlamentsbeteiligung des Bundestags zu unterlaufen bzw. gänzlich auszuhebeln.

Die Regierung Merkel ist damit bereit, gerade in der existentiellen Frage von Krieg und Frieden nationale Verantwortung und Souveränität preiszugeben.

- **Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr unterliegt auch die innere Verfasstheit der deutschen Streitkräfte einem grundsätzlichen Wandel.**

Die Orientierung auf Interventionseinsätze bei gleichzeitigem Übergang zur professionellen Freiwilligen- und Berufsarmee verändert das traditionelle Wertesystem der Bundeswehr.

Im Vordergrund steht nicht mehr das Selbstverständnis des Soldaten als Staatsbürger in Uniform sondern als pflichtbewusster Staatsdiener, der ständig und bedingungslos kampfbereit ist.

Statt Wahrung demokratischer Werte wächst der Einfluss eines militanten bzw. militaristischen Traditionalismus (*Kämpferkult*).

## **Alternativvorstellungen des Ak DS zu einer zukunftsfähigen Bundeswehr**

Die im Ak DS organisierten aktiven und ehemaligen Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr setzen der von der Regierung Merkel vorgesehenen Neuausrichtung der Bundeswehr folgende Alternativen entgegen:

- Angesichts einer auf lange Sicht nicht erkennbaren militärischen Bedrohung orientiert sich die Bundeswehr mit ihren Bündnispartnern am Grundsatz einer unabdingbaren Verteidigungsvorsorge auf technologischem Niveau. Eine Reformierung der Bundeswehr erfolgt damit ausschließlich als Verteidigungsarmee im Bündnis.

Die Bundeswehr beteiligt sich nicht an internationalen Kampfeinsätzen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind nur für humanitäre Hilfsmaßnahmen bzw. als Peacekeeping-Aktionen, v. a. nach Kapitel VI und VII der UN-Charta, mit einem Mandat des Sicherheitsrats zulässig.

Die Bündnisverpflichtung darf nicht für Interventionseinsätze (so genannte *Non-Article 5 Operations*) gelten. Die Bundesrepublik Deutschland suspendiert daher nach dem Vorbild Frankreichs unter General Charles de Gaulle ihre militärische (nicht die politische!) Integration in die NATO-Strukturen. Sie beteiligt sich auch nicht an dem von den USA geführten so genannten *Krieg gegen den Terror*.

Damit wäre auch eine Beteiligung der Bundeswehr an der Vorbereitung und Durchführung von so genannten *extra-legalen Tötungen* ausgeschlossen.

Die Personalstärke der Bundeswehr bemisst sich ausschließlich an den Erfordernissen einer unabdingbaren Verteidigungsvorsorge im Bündnis. Die momentan geplante Soll-Stärke von 180.000 Soldaten stellt daher noch nicht die untere Grenze des Personalbestands dar.

- Der Auftrag der Bundeswehr folgt strikt dem Friedensgebot des Grundgesetzes und dem Nichteinmischungsgebot der UN-Charta sowie den bestehenden gesetzlichen Regelungen des nationalen und internationalen Rechts zur Bewahrung und Gestaltung friedlicher Beziehungen zu allen Staaten und einer Demilitarisierung von Konflikten.

Insofern lehnt der Ak DS jede Aufweichung des Grundgesetzes und der UN-Charta zur Legalisierung von Interventionskriegen kategorisch ab.

Dies gilt insbesondere für jedweden Versuch, die universellen Menschenrechte unter dem Vorwand der so genannten Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*) militärisch zu instrumentalisieren.

Die Kontrolle des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlaments über sicherheitspolitische Fragen und die militärischen Potenziale muss gestärkt werden. Die Parlamentsbeteiligung des Bundestages ist weiter zu stabilisieren bis eine adäquate Regelung für das Europäische Parlament geschaffen ist.

Für alle die Bundeswehr betreffenden Fragen ist eine strikte Legalität zu wahren. Der Aufbau einer besonderen Militärjustiz steht diesem Ziel entgegen.

- Eine alternative Bundeswehrreform muss den Weg für eine atomwaffenfreie Welt öffnen.

Dazu gehört als einer der ersten Schritte der völlige Verzicht auf die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Die Ausbildung von deutschen Flugzeugbesatzungen und Bedienerpersonal für strategische sowie taktische Nuklearwaffeneinsätze, einschließlich Munition aus abgereicherter Uran (Depleted Uranium/DU), wird endgültig eingestellt.

Deutschland setzt sich innerhalb und außerhalb der NATO für einen generellen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen ein.

- Für das soldatische Selbstverständnis bleiben die Prinzipien der Inneren Führung und das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform unverändert gültig.

Frieden ist weiter der Ernstfall. Insofern ist die bestehende zentrale Forderung zur Neuausrichtung der Bundeswehr, *vom Einsatz her denken*, der falsche Ansatz. *Vom Frieden her denken* muss auch in der neuen Bundeswehr verinnerlicht werden!



Die wichtigsten Werte für den Soldaten der Bundeswehr als Staatsbürger in Uniform sind Wahrung der Menschenwürde, Demokratie, Freiheit und strikte Rechtsbindung.

Ein auf Erfahrungen der deutschen Wehrmacht beruhender Traditionalismus darf nicht wertebestimmend sein. Die Pflichten des deutschen Soldaten erlangen sittlichen Rang allein durch die Bindung an das Grundgesetz.

Kämpferkult und *stille Profikiller* konterkarieren das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform.

Die Entwicklung der Bundeswehr muss Anliegen der gesamten Gesellschaft sein und darf nicht ausschließlich den Militärs überlassen werden. Der Ak DS fordert daher eine offene Debatte mit allen gesellschaftlichen Kräften über Auftrag, Stärke, Struktur und innere Verfasstheit der Bundeswehr. Der Ak DS setzt sich dabei für eine demokratische und friedensorientierte Alternative zu der geplanten Neuausrichtung der Bundeswehr ein.

Wilfried Schreiber

## **Zur internationalen Dimension der Neuausrichtung der Bundeswehr. Ansätze für eine alternative Sicherheitspolitik**

### **Thesen**

Die gegenwärtige Bundeswehrreform markiert den Abschluss eines sich seit Mitte der 1990er Jahre vollziehenden Paradigmenwechsels in der Entwicklung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur einsatzfähigen Interventionsstreitkraft. Die damit verbundenen strukturellen Veränderungen sowie personellen, technischen und rechtlichen Konsequenzen vollziehen sich jedoch in einem längeren und widerspruchsvollen Prozess, dessen Ende und Ergebnis im Herbst 2013 noch nicht abzusehen sind. Die Bundeswehr ist weder politisch noch militärisch allein als nationale Armee einsetzbar. Sie ist gegenwärtig institutionell sowohl in die NATO als auch in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) eingebunden. Damit stellt sich die Frage nach der internationalen Dimension der Bundeswehrreform und worin Ansätze für eine alternative Sicherheitspolitik bestehen könnten.

#### **I.**

**Die Länder der NATO und der Europäischen Union (EU) stehen hinsichtlich der Entwicklung und des Einsatzes ihrer Streitkräfte vor ähnlichen Bedingungen und Herausforderungen. Insofern unterliegen alle nationalen Streitkräfte einem Anpassungszwang in struktureller, personeller, technischer und rechtlicher Hinsicht.**

Folgende Faktoren wirken auf die Entwicklung der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte dieser Länder ein:

- Sowohl die NATO als auch die Europäische Union (EU) befinden sich in einer tiefen inneren Krise und sind in militärischer Hinsicht als Bündnisse gegenwärtig nur begrenzt handlungsfähig. Die USA sind dabei, ihre traditionelle Rolle als Welthegeemon zu verlieren und sich globalpolitisch neu aufzustellen. Die EU ist ebenfalls in einem Anpassungsprozess an das neue internationale Kräfteverhältnis und hat ihre eigene Rolle noch nicht gefunden. Mit der deutschen Einigung und der Osterweiterung der EU wurde das bisher bestehende Gefüge aus innereuropäischer Balance und Integration destabilisiert.

- Durch die Finanz-, Währungs-, Wirtschafts- und Verschuldungskrisen des vergangenen Jahrzehnts wurde die politische Krise in der NATO und der EU noch verschärft. Alle Länder stehen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Streitkräfte unter einem enormen Sparzwang, der den finanziellen Spielraum sowohl für militärische Reformaktivitäten als auch für den Einsatz der Streitkräfte in militärischen Interventionen einengt.
- Gleichzeitig wurde die Anwendung militärischer Gewalt durch die Kriege im Irak, in Afghanistan und in Libyen – aber auch durch die militärische Einmischung des Westens in den syrischen Bürgerkrieg – in der Öffentlichkeit delegitimiert. In vielen Ländern der EU und der NATO wird eine militärisch instrumentierte Außen- und Sicherheitspolitik durch große Bevölkerungsmehrheiten abgelehnt. Dementsprechend gibt es auch zwischen den EU-Regierungen tiefe Meinungsunterschiede über Entwicklung und Einsatz ihrer Streitkräfte.
- Reformzwang auf die Streitkräfte wird auch durch eine Veränderung des Kriegsbildes ausgeübt. Die Industrieländer Europas sind für die traditionellen Kriege des 20. Jahrhunderts untauglich geworden. Für ihre Streitkräfte rücken eher Fragen einer asymmetrischen Auseinandersetzung *out of area* bzw. der Einmischung in Bürgerkriege anderer Länder in den Vordergrund. Auch für militärische Auseinandersetzungen in und mit Ländern der Dritten Welt gelten die Anforderungen einer asymmetrischen Kriegführung. Generell geht die Entwicklung in Richtung einer Urbanisierung des Krieges.

Alle Länder der NATO und der EU stehen unter dem Zwang der Anpassung an eine neue geopolitische und geoökologische Situation, in der die klassischen Mittel der Anwendung militärischer Macht in Frage gestellt sind. Das verlangt generell die Rolle der Streitkräfte neu zu bestimmen. Statt einer hegemonialen bzw. bipolaren Weltordnung entwickeln sich Strukturen der Multipolarität und des Multilateralismus. Die Länder der EU und der NATO haben noch keine einheitliche Strategie auf die neuen Herausforderungen gefunden. Sie befinden sich eher in einer Phase der Irritation und Neufindung, was sich auch in zahlreichen sicherheitspolitischen Differenzen niederschlägt.

## II.

**Die Neuausrichtung der Bundeswehr in der von Verteidigungsminister de Maizière konzipierten Form ergibt sich vor allem aus dem Funktionswandel der NATO von einem Verteidigungs- und Abschreckungsbündnis gegenüber der Organisation des Warschauer Vertrages zu einem Interventionsbündnis, das – oft sogar mit UN-Mandat – faktisch als Weltpolizist fungiert. Angesichts der neuen weltpolitischen Bedingungen und Herausforderungen sollen mit der Bundeswehrreform**

**Wege und Formen gefunden werden, um die Handlungsfähigkeit der NATO als Interventionsbündnis zu erhalten und zu stärken sowie gleichzeitig die Rolle Deutschlands und seiner Bundeswehr innerhalb der NATO aufzuwerten.**

Der NATO-Gipfel vom Mai 2012 in Chicago hat mit der Formel von *smart defense* einen neuen Ansatz zur Bewältigung der ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen gefunden. *Smart defense* orientiert die NATO-Mitglieder und ihre Verbündeten auf eine engere Rüstungszusammenarbeit und Beschaffungspolitik im High-Tech-Bereich. Durch *pooling and sharing* (Zusammenlegen und Teilen) sollen einheitliche und gemeinsame Systeme eingeführt werden, die eine höhere militärische Effektivität ermöglichen und zugleich Spareffekte generieren sollen. Dazu wurden in Chicago insgesamt 20 Themenfelder definiert, die insbesondere dem neuen Kriegsbild entsprechen und deren Realisierung die beteiligten Länder fester in die NATO und ihre Strukturen einbinden sollen. Das betrifft insbesondere Projekte zur Luftbetankung, zur Seeraumüberwachung, sowie auf dem Gebiet des Sanitätswesens und der Logistik für Treibstoff und Munition. Schlüsselprojekt ist das so genannte AGS-System (Alliance Ground Surveillance) zur Bodenaufklärung, das Echtzeitpionage ermöglichen und als zentrales Element der Vernetzten Operationsführung fungieren soll. Als erster Schritt hierzu und Herzstück des Projekts ist seitens der NATO die gemeinsame Beschaffung von fünf amerikanischen Großdrohnen vom Typ *Global Hawk* vorgesehen, was angesichts der Drohnendebatte in Deutschland im Frühjahr und Sommer 2013 schon wieder als obsolet erscheinen muss. Auch der geplante Aufbau einer Europäischen Raketenabwehr wird zum Vorzeigeprojekt von *smart defense* deklariert. Mit all diesen Projekten werden statt politischer Lösungen technische Lösungen angestrebt. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung in der NATO verlagert sich so von der politischen Ebene auf die Ebene der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen amerikanischen und europäischen Herstellern.

Wie die Kriege der letzten 15 Jahre zeigen, ist die NATO als Interventionsbündnis nur bedingt funktionsfähig. Alle Interventionen, die auf einen starken Widerstand im Inneren der jeweiligen Länder stießen, haben ihre vorab deklarierten Ziele nicht oder nur zum Teil erreicht. Das zeigt sich deutlich an den Kriegen auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan und in Libyen. Außerdem beteiligten sich an den aktiven Militäraktionen in der Regel nur *Koalitionen von Willigen*. Dieses Dilemma wird auch in der Diskussion um ein Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg deutlich, wo die Mehrheit der NATO-Länder keine Bereitschaft zeigt, sich militärisch zu engagieren. Das umso mehr, als ein militärisches Eingreifen weder von den Staaten der Region gefordert noch von den Vereinten Nationen gebilligt wird.

Es deutet vieles darauf hin, dass die NATO zunächst in eine Phase des Umbruchs ohne größere militärische Operationen eingetreten ist, was erneut die Frage nach der Zukunft der NATO aufwerfen dürfte. Der NATO-Gipfel vom Mai 2012 in Chicago weist offensichtlich die Richtung, in die die weitere Entwicklung gehen soll. Mit seinen insgesamt 57 Teilnehmerstaaten orientierte er darauf, neue Bündnisse zu schmieden, die den traditionellen Rahmen der NATO überschreiten und eine engere Anbindung solcher Länder wie Australien, Japan, Jordanien, Finnland, Österreich oder Schweden an die NATO ermöglichen sollen. Damit wird zugleich der Anspruch nach weltweiter Präsenz und Aktionsfähigkeit der NATO deutlich. Vieles wird aber davon abhängen, wie es ihr gelingt, auf die neuen globalen Sicherheitsrisiken, auf die weltweite Finanzkrise und die Hinwendung der Vereinigten Staaten auf den asiatisch-pazifischen Raum zu reagieren.<sup>1</sup>

### III.

**Als spezifisch deutscher Reflex auf den mit dem NATO-Gipfel von Chicago gewiesenen Weg sowie als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen erweist sich gegenwärtig die verstärkte Konzentration auf Rüstungsproduktion und Rüstungsexport, die auch als *Merkel-Doktrin* in den deutschen Medien diskutiert wurde<sup>2</sup>. Demnach will Deutschland nur noch *im Notfall* Soldaten in Krisengebiete schicken. Als Ausgleich für die relative Zurückhaltung beim Einsatz von Kampftruppen sollen die *Partnerländer* in den Konfliktregionen durch Rüstungsexporte *ertüchtigt* werden, um selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.**

Damit hat die deutsche Bundesregierung auch in der Rüstungsexportpolitik einen Paradigmenwechsel vollzogen. Nach dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 gilt ein Exportverbot für deutsche Waffensysteme in Krisengebiete, um bestehende Spannungen nicht weiter anzuheizen und zu verhindern, dass deutsche Waffen in falsche Hände fallen können. Trotz dieses Gesetzes verlagerte sich jedoch in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt deutscher Waffenlieferungen insbesondere in potenzielle und reale Spannungsgebiete am Persischen Golf, in Nahost, Südostasien und Nordafrika. Die für den Export in diese Länder erforderlichen Einzelgenehmigungen werden formal und geheim erteilt. Von den jährlich etwa 16.000 Anträgen

---

<sup>1</sup> Siehe M. Rühle, Die drei Herausforderungen der NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.03.2013.

<sup>2</sup> Siehe Die Merkeldoktrin, in: Der Spiegel Nr. 49/2012, S. 20-27.

wurden in der Vergangenheit lediglich 0,05 Prozent, also nicht mehr als 80 bis 100, abgelehnt.<sup>3</sup>

Zu den Großimporteuren für deutsche Waffen gehören inzwischen die autoritären Regime in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), in Katar und in Saudi-Arabien. Katar hat bereits eine Lieferzusage für 72 Kampfpanzer Leopard – und zwar in einer speziellen Ausstattung, die besonders für den Einsatz in Städten und bewohnten Gebieten geeignet ist. Für Saudi-Arabien stehen gegenwärtig u. a. 800 Kampfpanzer Leopard und mehrere Hundert gepanzerte Fahrzeuge vom Typ *Dingo* und *Boxer* auf der Bestellliste. Israel und Ägypten beziehen vor allem U-Boote, wobei die für Israel bestimmten Boote speziell als Kernwaffenträger ausgelegt wurden. Algerien ist 2011 an die achte Stelle der deutschen Rüstungsexporte gerückt. Hier – wie auch in den VAE – werden von der deutschen Rüstungsindustrie außerdem komplette Waffenfabriken errichtet.

Damit entpuppt sich die *Merkel-Doktrin* zugleich als ein groß angelegtes Programm zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie, die auf diese Weise einen Ausgleich für den sinkenden Bedarf innerhalb der NATO und der Europäischen Union darstellt. Das hat zur Konsequenz, dass die deutsche Rüstungsindustrie ihre breite Aufstellung und ihr qualitatives Niveau weitgehend erhalten und ihre industriellen Kapazitäten gegebenenfalls schnell erweitern kann. Vor allem will Deutschland damit seinen Platz als einer der führenden Rüstungsexporteure der Welt bewahren und als Machtfaktor im weltpolitischen Kräfteverhältnis wahrgenommen werden. Die Bundeskanzlerin selbst nutzt ihre Auslandsreisen gezielt zur Anbahnung von Rüstungsdeals. Auch das BMVg ist in diese Exportoffensive direkt einbezogen. Seit 2008 gibt es dort eine Arbeitsgruppe für Exportunterstützung, die zum Beispiel eine aktive Rolle beim *Eurofighter*-Export nach Indien gespielt hat und für die Präsenz der Bundeswehr auf den internationalen Rüstungsmessen zuständig ist. Auf diese Weise soll auch von der Bundeswehr nicht mehr benötigtes Material, wie etwa überzählige Kampfpanzer, verwertet werden.

Allerdings verhielt sich die Bundesregierung im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahlen vom September 2013 bei ihrer Rüstungsexportpolitik relativ zurückhaltend. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass es in allen Bundestagsfraktionen – mehr oder weniger ausgeprägt und unterschiedlich akzentuiert – Bestrebungen nach Veränderungen der bisherigen Praxis im Sinne einer stärkeren Transparenz und Kontrolle des Rüstungsexports gab.

---

<sup>3</sup> Siehe Tagesspiegel vom 24.02.2013.

#### IV.

**Der Aufbau einer Organisation im Sinne eines spezifisch europäischen Verteidigungsbündnisses nach dem Vorbild der NATO dürfte auf absehbare Zeit undurchführbar sein, obwohl diese Frage seit den 1950er Jahren in Europa diskutiert wird. Die zahlreichen praktischen Initiativen, wie der Aufbau von gemischten Brigaden, eines Euro-Korps bzw. von EU-Battle-Groups sind faktisch bedeutungslos geblieben.**

Der bisher umfassendste Versuch zur Gewährleistung einer abgestimmten Militärpolitik der EU und zur Schaffung europäischer Streitkräfte wurde mit dem Vertrag von Nizza 2001 und dem Vertrag von Lissabon 2007 unternommen. Demnach steht im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine Reihe gemeinsamer Institutionen zur Verfügung, wozu u. a. ein Militärausschuss (EUMC), ein Militärstab (EUMS), die Europäische Verteidigungsagentur und das Satellitenzentrum der EU (EUSC) gehören. Über eigene Soldaten bzw. eine eigene Armee verfügt die EU jedoch nicht, sondern sie greift – wie auch die NATO – auf nationale Kontingente der Mitgliedstaaten zurück, die autonom über eine Truppenbereitstellung entscheiden. Mit den so genannten EU-Battle-Groups stehen zwar seit 2007 offiziell hochflexible Verbände in einer Stärke von etwa 1.500 Soldaten für eine Dauer von jeweils bis zu vier Monaten in einer ständigen Bereitschaft, denen nach einem Rotationsprinzip nationale Streitkräfte verschiedener Länder zugeordnet werden. Reale Einsätze dieser Battle-Groups sind bisher nicht erfolgt. Allerdings gab und gibt es eine Reihe kleinerer und zeitlich begrenzter Beobachtungs- und Ausbildungsmissionen der Europäischen Union.

Alle Versuche zur Schaffung einsatzfähiger gemeinsamer Streitkräfte für Kampfeinsätze sind bisher fehlgeschlagen. Hauptursache dafür ist die mangelnde Bereitschaft der europäischen Länder, nationale Souveränität – insbesondere in Form der Verfügung über Streitkräfte – an die Europäische Union abzugeben. Nationale Interessen und der Statuswert des eigenen Militärs erweisen sich stärker als ein potenzieller Effizienzgewinn für Streitkräfte und Wirtschaft durch einen begrenzten Souveränitätsverzicht. Außerdem existieren noch eine Reihe weiterer – besonders in der langen Tradition nationaler Streitkräfte begründeter – Hemmnisse auf dem Weg zu gemeinsamen Streitkräften, wie zum Beispiel die Parlamentsbeteiligung und die Innere Führung, die besonders für die Bundeswehr typisch sind. Auch Unterschiede im Wehrrecht und in der Wehrform wirken als Hemmschuh einer echten militärischen Integration im Rahmen der EU. Nicht zu unterschätzen ist auch die Frage nach der Rolle der Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens in einer eventuellen europäischen Armee.

Angesichts der bestehenden Widersprüche und Hemmnisse sind die Schaffung gemeinsamer europäischer Streitkräfte und eine engere Verflechtung der bestehenden nationalen Armeen auf absehbare Zeit nicht realistisch. Europäische Streitkräfte bleiben zunächst nur die Vision eines geeinten Europas, das gegenwärtig mehr denn je infrage gestellt ist. Insofern dürften die nationalen Strukturen der Streitkräfte in Europa – und damit auch die Differenzen in der Sicherheitspolitik – noch lange weiter bestehen bleiben.

## V.

**Die internationale Dimension der Neuausrichtung der Bundeswehr widerspiegelt sich keineswegs in einer Entwicklung zur Schaffung gemeinsamer, arbeitsteilig organisierter Streitkräfte, vielmehr in der Tendenz einer relativ breiten Aufstellung der Bundeswehr im gesamten militärischen Aufgabenspektrum. Damit werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um je nach Lage einen großen Einsatzspielraum für die Bundeswehr abzudecken und auch in militärischer Hinsicht eine deutsche Führungsrolle in Europa spielen zu können.**

Die Neuausrichtung der Bundeswehr wird vorrangig von nationalen Regierungs- und Wirtschaftsinteressen und weniger von dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigung geprägt. Sie äußert sich eher in Rivalität als in Kooperation. Die Beschwörung von Bündniserfordernissen ist mehr Rhetorik als militärpolitische Praxis. Die Bundesregierung steht mit einer solchen Haltung nicht allein. Sowohl innerhalb der NATO als auch innerhalb der Europäischen Union fehlt eine gemeinsame Strategie und Politik zur Bewältigung der in der ersten These formulierten neuen Herausforderungen. Insbesondere gibt es keine gemeinsamen Positionen in Bezug auf das Verhältnis zu und mit den USA und das Verhältnis zu und mit Russland. Ähnliches trifft auch auf das Verhältnis zu den Staaten Asiens und zu den Ländern der Konfliktregionen im Nahen Osten und Nordafrika zu. Die politische und militärische Handlungsfähigkeit im Rahmen der NATO und der EU ist damit eingeschränkt.

In ihren sicherheitspolitischen Entscheidungen – und damit auch in der weiteren Gestaltung des Reformprozesses der Bundeswehr – steht die Bundesregierung zwischen den Erwartungen ihrer Partner an Deutschland als Mittelmacht und der weit verbreiteten Ablehnung militärischer Interventionen durch die deutsche Bevölkerung. Insofern verhielt sich die Bundesregierung in den letzten Jahren zu aktiven Kampfeinsätzen der Bundeswehr relativ zurückhaltend. Diese Zurückhaltung entsprach jedoch keiner klaren Haltung in Bezug auf prinzipielle Ablehnung oder Befürwortung solcher Einsätze, sondern war eher Ausdruck von Wahltaktik und politischer Unentschlossenheit.



Unabhängig davon gilt für den weiteren Prozess ihrer Neuausrichtung, dass die Bundeswehr trotz Sparzwang insbesondere ihre Fähigkeiten für weltweite Aktionen behalten und weiter ausbauen soll. Das betrifft insbesondere die Kapazitäten für U-Boote, Lufttransport und Fernaufklärung. Das heißt, die Neuausrichtung der Bundeswehr bleibt vorrangig geopolitischen Interessen untergeordnet. Es ist fraglich, ob eine neue Bundesregierung – gleich welcher politischen Konstellation – daran etwas ändert. Eher ist zu befürchten, dass die Politik einer relativen militärischen Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr fallengelassen wird.

## VI.

**Eine konstruktiv-kritische bzw. alternative Haltung zur gegenwärtigen Neuausrichtung der Bundeswehr ist nur unter Berücksichtigung der internationalen Dimensionen dieses Prozesses möglich. Ausgehend von den gegenwärtigen Realitäten des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland und Europa können aber nicht nur die langfristigen Visionen, sondern müssen vor allem partei- bzw. strömungsübergreifende Ansatzpunkte und erste Schritte für eine alternative Sicherheitspolitik gefunden werden. Kritische Positionen dürfen nicht auf Maximalforderungen wie die generelle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder die Forderung nach Auflösung der NATO beschränkt bleiben. Konstruktive Ansatzpunkte für alternative sicherheitspolitische Positionen sollten auf die Schaffung eines breiten Bündnisses aller Friedenskräfte gerichtet sein.**

Vorausgesetzt, dass die Existenz von Streitkräften nicht grundsätzlich abgelehnt und keine Renationalisierung der Sicherheitspolitik angestrebt wird, besteht Diskussions- und Klärungsbedarf mit großen Chancen einer Annäherung besonders zu folgenden Problemfeldern:

- Definition des Verständnisses von Sicherheit und sicherheitspolitischer Verantwortung Deutschlands; Finden von Wegen, um von der gemeinsamen NATO-basierten Sicherheit zu einer echten kollektiven Sicherheit Europas voranschreiten zu können; Bestimmung des Stellenwerts von Streitkräften für die deutsche und europäische Sicherheit.
- Bestimmung des Auftrags nationaler und gemeinsamer Streitkräfte im Rahmen bestehender bzw. neuer Koalitionen nach dem Grundsatz einer hinlänglichen Sicherheitsvorsorge zur Landesverteidigung als Ausgangspunkt für alle sich daraus ergebenden strukturellen, personellen, technischen und rechtlichen Konsequenzen; Entwicklung von Initiativen für die Neuformulierung der Verteidigungspolitischen Leitlinien.

- Stärkung des Parlamentarismus in Deutschland und der EU als Kern der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft. Das beinhaltet in sicherheitspolitischer Hinsicht sowohl Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments bei Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften als auch Bewahrung und Erweiterung der Beteiligungsrechte des deutschen Bundestages für alle Bundeswehreinätze, insbesondere Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle über Einsätze des Kommandos Spezialkräfte.
- Konsequente Verteidigung der Gesetzlichkeit bei allen sicherheitspolitisch relevanten Entscheidungen. Das gilt insbesondere für die Verteidigung der UN-Charta mit dem in ihr verbrieften Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie die Verteidigung des Grundgesetzes der Bundesrepublik mit dem in ihm enthaltenen Friedensgebot. Strikte Gesetzlichkeit betrifft auch die Frage der Ächtung bzw. rechtlichen Einhegung neuer Waffensysteme, wie zum Beispiel Kampfdrohnen und neuer Munition.
- Entwicklung einer konstruktiv-kritischen Haltung zur NATO als Schlüsselfrage alternativer sicherheitspolitischer Positionen. Das kritische Verhältnis zur NATO bewegt sich gegenwärtig vor allem zwischen der Forderung nach Auflösung der NATO und der Erwartung nach einem Wandel der NATO in Auftrag und Struktur zu einem reinen Verteidigungsbündnis. Entscheidender Ansatzpunkt zur kritischen Auseinandersetzung mit der NATO sollte jedoch die Diskussion zur Schaffung eines kollektiven transatlantischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands sein. Europa darf keine Region ohne eine effektive Sicherheitsstruktur sein, die – unter Einbeziehung Nordamerikas – gleiche Sicherheit für alle europäischen Länder garantiert.
- Strikte Ablehnung der noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden Nukleardoktrin der NATO als unvereinbar mit dem Kernwaffen-sperrvertrag und daher völkerrechtswidrig. Kernwaffen sind nach wie vor die Hauptbedrohung für die Existenz der menschlichen Zivilisation. Insofern sind nukleare Abrüstung durch die NATO-Kernwaffenmächte, inklusive einseitiger Vorleistungen, der offizielle Verzicht der NATO auf einen nuklearen Erstschlag sowie der Abzug der taktischen Kernwaffen von deutschem Boden dringend geboten. Priorität für Deutschland hat dabei die unverzügliche Beendigung der Ausbildung deutscher Soldaten an Kernwaffen und der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe nach dem Vorbild von Kanada und Griechenland; Unterstützung der Bewegungen (IALANA, IPPNW u.a.) für eine Kernwaffenkonvention und für kernwaffenfreie Zonen in Europa und Nahost. Energiewende und Wandel in der Kernwaffenpolitik müssen eine Einheit bilden.

- Aktivierung und Stärkung der OSZE als wichtiger Schritt zu einem umfassenden europäischen und transatlantischen Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Die OSZE verfügt als reale und größte Sicherheitsorganisation Europas mit ihren 57 Mitgliedstaaten, inklusive den USA, Kanadas, aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie der Mongolei über alle konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen. Sie wurde jedoch von den Hauptmächten der NATO bei der Entfaltung dieser Voraussetzungen systematisch behindert. Eine Aktivierung und Stärkung der OSZE erfordert insbesondere eine Ausschöpfung der Prinzipien und Instrumente der OSZE zur nichtmilitärischen Streitbeilegung, die Initiierung vertrauensbildender Maßnahmen auf der Grundlage des Wiener Dokuments von 1999, insbesondere zur Lösung der so genannten *frozen conflicts* in Europa; die Wiederbelebung des Prozesses der Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (adaptierter KSE-Vertrag); eine gesamteuropäische Lösung für die Raketenabwehr bzw. gänzlicher Verzicht auf dieses Projekt im OSZE-Bereich.
- Mit der Rolle der NATO sollte zugleich die sicherheitspolitische Rolle der EU auf den Prüfstand gestellt werden. Alternative Überlegungen müssen auf friedliche Konfliktlösungen und den Stopp des Prozesses einer schleichenden Militarisierung der EU gerichtet sein. Das erfordert insbesondere eine Änderung des Lissabon-Vertrags (EUV) und des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV), eine strikte Wahrung der Neutralität der EU sowie die konsequente Stärkung der demokratischen Verfasstheit der EU.
- Die Frage der Rüstungsexporte erhält zunehmend eigenständige Bedeutung bei alternativen Positionen zur internationalen Dimension der Bundeswehrreform. Es darf nicht zugelassen werden, dass Rüstungsgüter in Krisen- bzw. Spannungsgebiete geliefert werden. Die deutsche Rüstungsexportpolitik muss transparenter werden und einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen. In einem speziellen Rüstungsexportgesetz sollten verbindliche und justitiable Regelungen geschaffen werden, die Rüstungsexporte stärker einschränken und effektiver kontrollieren. Letztlich sollten Rüstungsexporte auf Bündnispartner beschränkt bleiben. Ein erster Schritt dazu könnte über eine strikte Auslegung und Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes erfolgen.

Die Frage der europäischen Sicherheit darf weder allein der NATO noch allein der EU überlassen werden. Alternatives Denken muss auf die Stärkung Deutschlands und der Europäischen Union als Zivilmächte gerichtet sein, die frei von einer militärisch ambitionierten Interessendurchsetzung handeln, militärisches Abschreckungsdenken überwinden und sowohl den festen politi-

schen Willen als auch das entsprechende Instrumentarium für eine zivile Konfliktbewältigung haben.

Das ist nur möglich, wenn Ansatzpunkte für eine alternative Politik gefunden und entsprechende Initiativen in breiten überparteilichen Bündnissen entwickelt werden, die alle Strömungen und Facetten der Friedensbewegung umfassen. Das einigende Band und die zugleich zentrale Frage einer sicherheitspolitischen Alternative ist die Ablehnung jeglicher direkten und indirekten Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen außerhalb von Aufgaben zur Landesverteidigung im Bündnis. Hier liegt der Ausgangspunkt für alle darüber hinausgehenden Aktivitäten und Forderungen.

**Autor:** Prof. Dr. Wilfried Schreiber,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.



Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e. V.  
**Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“**

- Heft 96 **Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020**  
Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß; Dresden 2009, 34 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 97 **Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden**  
14. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 21. November 2009  
Beiträge: Dieter Klein, Horst-Dieter Strüning, Siegfried Schönherr, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Endre Kiss; Dresden 2010, 80 Seiten; 4,00 Euro
- Heft 98 **Frieden schaffen ohne Waffen!**  
18. Dresdner Friedenssymposium am 20. Februar 2010  
Beiträge: Gerda Krause, Inge Höger, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Siegfried Rumbaum  
Dresden 2010, 36 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 99 **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)  
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß  
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 100 **Für Entmilitarisierung der Sicherheit**  
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. (DSS)  
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen,  
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.
- Heft 101 **Multipolare Sicherheit statt Pax americana**  
15. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 20. November 2011  
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro
- Heft 102 **Brennpunkt Afghanistan**  
Beiträge von Hermann Hagena und Arne C. Seifert  
Dresden 2011, 56 Seiten, mit 16 Farbbildern und –karten, 05,00 Euro.
- Heft 103 **Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze**  
Ansichten zu einer anhaltenden Kontroverse.  
Beiträge: Wolfgang Scheler, Artur Pech, Rolf Ziegenbein, Dirk Fischer, Joachim Sladko, Horst Liebig und Günther Glaser; Dresden 2011, 108 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 104 **Krieg und Frieden im marxistisch-philosophischen Denken der DDR**  
Dresden 2011, 110 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 105 **Globale Machtordnung oder globale Friedensordnung?**  
16. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 19. November 2012  
Beiträge: Norman Peach, Ernst Voit, Eter Hachmann, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Harry Pursche, Endre Kiss, Volker Bialas, und Wolfgang Scheler;  
Dresden 2012, 82 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 106 **Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die Chancen für eine globale Friedensordnung**  
17. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 17. November 2012  
Beiträge: Endre Kiss, Ulrich Knappe, Wolfgang Effenberger, Wolfgang Scheler, Horst-Dieter Strüning, Ernst Voit und Horst Sylle; Dresden 2013, 82 Seiten; 4,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über  
Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>